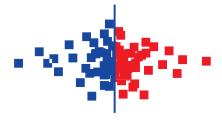
Gegen Vergessen FUR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Verfemt – Verdrängt – Wiederentdeckt	ab Seite 04
Freiheit – Verantwortung – Gemeinsinn	ab Seite 08
"Shoah par balles": Der vergessene Holocaust	ab Seite 12



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.



Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

schon im vergangenen Jahr veranstalteten viele Regionalgruppen unzählige Veranstaltungen zur Erinnerung an die friedliche Revolution 1989. In diesem Jahr stehen das Erinnern und Reflektieren über 20 Jahre deutsche Wiedervereinigung im Vordergrund. Viele Veranstaltungen habe ich aus diesem Anlass besucht, viele Vorträge gehalten und auf vielen Diskussionsforen gesprochen. Und immer wieder erfüllte es mich mit tiefer Freude, dass wir diesen Weg in den letzten 20 Jahren gemeinsam als geeintes Deutschland gehen konnten, auch wenn ich weiß, dass es viele von uns nicht immer einfach hatten und haben. Ich möchte aber daran erinnern, dass 1989 in der DDR Menschen für ein wertvolles Gut gekämpft haben und auf die Straße gegangen sind, das uns heute niemand mehr nehmen kann: für die Freiheit. Diese Freiheit zu gestalten ist nicht immer leicht, aber wir Deutschen haben 1989 gezeigt, dass wir für unsere Freiheit kämpfen und sie erringen konnten. Ich sehe auch an den vielen Veranstaltungen, die in unseren Regionalgruppen jährlich stattfinden, mit wie viel Leidenschaft dieses wertvolle Gut der Freiheit und der Demokratie in Lesungen, Vorträgen und Podien thematisiert und durch das unermüdliche Engagement unserer Mitglieder gelebt und bewahrt wird – z.B. durch die rege Mitgestaltung des Lebens in der Region und durch das Erinnern an unmenschliche Zeiten in der deutschen Geschichte.

Wie wichtig dieses Erinnern ist, sehen wir auch an der momentanen Diskussion um die Verstrickung des Auswärtigen Amtes in die NS-Vernichtungspolitik. Obwohl die Literatur zum Nationalsozialismus Bibliotheken füllt, wissen wir längst noch nicht alles und erschrecken immer wieder aufs Neue über die Skrupellosigkeit und Gründlichkeit, mit der Juden und andere Opfergruppen stigmatisiert, entrechtet und vernichtet wurden. Daran sollten wir auch in diesem Jahr wieder denken, wenn wir an den Jahrestag der Pogromnacht am 9. November erinnern.

Die Freiheit, zwischen Schule und Abitur mal etwas ganz anderes zu machen, nutzte unser Autor Paul Reckmann, der ein Jahr zur Organisation "Yahad – In Unum" nach Paris ging, um dort gemeinsam mit Menschen aus unterschiedlichen Nationen den fast vergessenen Mord an den ukrainischen Juden zu erforschen, der nicht in den Vernichtungslagern stattgefunden hat, sondern am Rande fast jedes ukrainischen Dorfes.

Dass Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist, wird auch im Artikel unseres Mitglieds Jürgen Vits in dieser Zeitschrift über verfemte Kunst im Nationalsozialismus deutlich. Nicht wenige Künstler unterlagen in der NS-Zeit einem Malverbot und schufen ihre Kunstwerke im Geheimen. Auch in der DDR ging es vielen Künstlern so. Doch was ist ein Kunstwerk ohne Öffentlichkeit? Es ist gut, dass jetzt diese Bilder wieder zu sehen sind, wie z.B. in der Ausstellung "Entdeckte Moderne" in Aschaffenburg, auf die Herr Vits hinweist.

Ich wünsche Ihnen, die Möglichkeiten und Formen der Freiheit immer wieder aufs Neue zu entdecken und freue mich sehr darauf, vielen von Ihnen während unserer Mitgliederversammlung in Stuttgart zu begegnen.

Ihr

Joachim Gauck

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe













Titelbild: "kleine Jüdin" Foto: Museum Giersch, Frankfurt

Thema	
Verfemt – Verdrängt – Wiederentdeckt. Bilder einer verschollenen Generation	04
Freiheit – Verantwortung – Gemeinsinn. Wir in unserem Staat	08
"Shoah par balles": Der vergessene Holocaust.	12
10 Jahre deutsches Riga Komitee	16
Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961 – 1989	18
Aus unserer Arbeit	
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Bundespresseamt	21
Online gegen Neonazis	21
"Freiheit ist nicht nur die Wahl zwischen zwei Turnschuhmarken"	22
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bei Facebook	23
Bundesweites Gedenkstättenseminar	24
Historikertag in Berlin	25
Interkultureller Tag in Nauen	25
RAG Rhein-Main – Schlimmer als Knast	26
RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen	27
RAG Baden-Württemberg – Denkmal zur Herstellung der Würde von Czeslaw Trzcinski	28
RAG Hannover – "Der Nationalsozialismus und die Gegenwart"	29
RAG Rhein-Ruhr West – www.fest-der-freiheit.de	31
Namen und Nachrichten	
Bundesverdienstkreuz für Alfons Kenkmann	32
Medaille "München leuchtet" für Helga König	32
Herbert Westenburger erhält das Bundesverdienstkreuz am Bande	33
Die Opfer beim Namen nennen	34
Ausstellung in Schwandorf (Bayern)	35
Bauernkapelle	36
Und ihr Geist leht trotzdem weiter" – Nachruf auf Marie-Luise Schultze-Jahn	36

Rezensionen

Polen unter kommunistischer Diktatur 1944–1956	38
Auswärtiges Amt und "Endlösung" der Judenfrage	39

Medien

Buchempfehlungen			
<i>sucnemptenlungen</i>			

Kalender

Veranstaltungen	

Allgemeines

Vorstand & Beirat // Fotonachweise // Impressum	46
RAG Anschriften	47

41

45







linkes Bild: Carl Rabus (1898-1983) "Zwei Freunde", Öl/Leinwand, um 1937; (Sammlung Gerhard Schneider)

rechtes Bild:
Georg Netzband (19001984): "Der Sieger", 1939,
Öl/Leinwand, dieses prophetische Bild, ca. 3 Monate vor
Beginn des Zweiten Weltkriegs gemalt, wurde durch
Vergraben in einer Blechkiste
gerettet; (Sammlung Gerhard
Schneider)
Fotos:

Fotoatelier Saša Fuis, Köln

Wiederentdeckt

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden aus den Museen des Deutschen Reiches, die moderne Kunst gesammelt hatten, nach heutigem Wissensstand über 20.000 Kunstwerke von ca. 1.400 Künstlerinnen und Künstlern durch Beschlagnahmeaktionen entfernt. In propagandistischen Veranstaltungen verunglimpfte das Hitler-Regime das Schaffen der Moderne als "undeutsch" und "entartet". Die Nationalsozialisten sahen in den Ausdrucksmitteln von Expressionismus, Neuer Sachlichkeit, Kubismus und Abstraktion "jüdisch-bolschewistische" Verfallserscheinungen, die von der "arischen Herrenrasse" beseitigt werden müssten. Einen Höhepunkt dieser Kulturdiffamierung stellte die 1937 in München gezeigte Ausstellung "Entartete Kunst" dar. Sie wanderte danach in unterschiedlicher Zusammenstellung durch weitere Städte des Reiches. In der Münchner Propagandaschau allein wurden nach jüngeren Recherchen etwa 700 Werke von 120 Künstlern/Innen in herabsetzender Weise angeprangert. Ein Teil der beschlagnahmten Objekte wurde ins Ausland verkauft, ein größerer zerstört. Neben

den bereits berühmten Künstlern der Brücke, des Blauen Reiter, des Bauhauses sowie anerkannter Einzelpersönlichkeiten, z.B. Max Beckmann, Ernst Barlach, Otto Dix oder Karl Hofer, waren auch zahlreiche noch nicht sobekannte Maler der jüngeren Generation betroffen.

Gezielte Verfemungsaktionen wie Ausstellungs- und Berufsverbote oder Beschlagnahmungen in Ateliers behinderten gerade diese aufstrebenden, zwischen 1890 und 1910 geborenen Künstler in ihrer künstlerischen Entwicklung und unterbanden die öffentliche Wahrnehmung. Hinzu kam, dass ihre wichtigsten Förderer, darunter viele jüdische Galeristen und Sammler, ebenfalls Opfer der Verfolgung wurden. Einige der Verfolgten und Verfemten wurden ins Exil getrieben, andere wählten das Los der inneren Emigration. Zahlreiche Maler und Kunsthändler jüdischer Konfession verloren später in den Konzentrationslagern ihr Leben. Den Künstlern wurden von den Machthabern systematisch die Grundlagen für eine freie Existenz entzogen, so

dass sie sich mit Brotberufen und Gelegenheitsarbeiten über Wasser halten mussten. Später wurden dann noch viele Frühwerke dieser zweiten Malergeneration durch Kriegseinwirkung (Bombardierung und Vertreibung) unwiederbringlich zerstört.

Die jüngeren Malerinnen und Maler dieser vom Kunsthistoriker Rainer Zimmermann bezeichneten "Verschollenen Generation" beschäftigten sich in starkem Maße auch mit zeitkritischen Themen. Sie wollten mit ihrer Kunst offen oder verschlüsselt seelische Befindlichkeiten darstellen und das politische und soziale Geschehen kommentieren. Leid und die Bedrückungen der Zeit wurden in allegorischen Figuren und Szenen dargestellt: Erschöpfte, Hungernde, Trauernde, Hilflose, Ausgestoßene. Kaum eine halbe Generation jünger als ihre expressionistischen Vorbilder, hatte die Verschollene Generation in ihrer Jugend vor allem das prägende Erlebnis des Ersten Weltkriegs zu verarbeiten. So schreibt der bedeutende Maler, Graphiker und Bildhauer Otto Pankok (1893-1966) im Jahre 1930: "Ja, ihr Alten hattet es gut, ihr Nolde, Heckel, Kirchner. All jene, die vor dem Krieg schon fest im Sattel saßen und sich bewiesen hatten, die nicht nur Zukunft hatten, sondern schon die Gegenwart besaßen und nach dem Kriege nur wieder anknüpfen brauchten... Uns aber hatte man den Pokal mit dem herrlichsten Wein vom Munde weggeschossen. Unsere energiegeladene Jugend hatte man geknebelt, versklavt und zermürbt."

Diese traumatisierte Malergeneration setzte Erlebnisse und Schicksalsschläge häufig in eine kraftvolle expressive Bildsprache um und griff dabei auf die Farb- und Formfreiheit der Moderne zurück. Auf diese Weise verlieh sie ihren realen Erfahrungen von Krieg, Revolution, Wirtschaftskrise, Verfolgung und Rassenwahn individuellen Ausdruck. Die Werke der Verschollenen Generation kamen damit im besonderem Maße dem von Paul Klee postulierten Kunstideal nahe: "Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichthar"

Leider kam es für die meisten Angehörigen dieser Künstlergeneration nach Beseitigung der NS-Herrschaft nicht zu der erhofften Wendung des Schicksals. Paradoxerweise sollte sich in den nun folgenden Jahrzehnten das Ziel der NS-Kunstrichter erfüllen, nicht genehme Kunst vergessen zu machen. Aus Verfemten wurden in der Bundesrepublik der ersten Nachkriegsjahrzehnte Verdrängte. Viele Maler mussten die bittere Erfahrung machen, dass in der lebenshungrigen Nachkriegszeit an Bildthemen, die an die vergangenen Schreckensjahre erinnerten, kein großes Interesse bestand. In dieser Zeit wurde im Westen Deutschlands der sich international ausbreitenden ungegenständlichen Kunst eine "heilende und befreiende" Wirkung zugesprochen. Diese abstrakte Kunst entzog sich in ihrer Unverbindlichkeit den gewohnten Bewertungskriterien. Weiterhin gegenständlich Arbeitende wurden als "provinziell" und "epigonenhaft" diffamiert und an den Rand gedrängt. Museen, Galerien und Kunstkritik richteten ihr Augenmerk nunmehr fast ausschließlich auf die Protagonisten der Klassischen Moderne aus der ersten Expressionisten-Generation sowie auf die neuen Spielarten der Abstraktion. Die der expressiven Gegenständlichkeit verpflichteten Maler der Verschollenen Generation wurden Opfer der These, dass nach Auschwitz und den Gräueln des Zweiten Weltkriegs an der konkreten Welt orientierte Malerei nicht mehr möglich sei.

In der DDR wurde die bildende Kunst in den ersten Nachkriegsjahrzehnten erneut politisch missbraucht und ideologisiert. Künstlerische Betätigung hatte sich am Wohl der Gesellschaft zu orientieren und der Idee des Sozia-

lismus zu dienen. Maler, die nicht dem "sozialistischen Realismus" folgten, wurden als Vertreter bürgerlicher Dekadenz diffamiert und als "Formalisten" abqualifiziert. Individuelle Gestaltungsformen unter Rückgriff auf expressive oder abstrakte Elemente wurden als Ausdruck bürgerlicher Verfallserscheinungen gesehen und ebenfalls verdrängt.

Die Namenlosen der jüngeren Generation der Klassischen Moderne gerieten also in beiden Teilen Deutschlands - wenngleich aus unterschiedlichen Motiven - erneut ins Abseits und zwischen die Mühlsteine einer entweder "zeitgeistig-marktverordneten" oder "ideologisch-staatsverordneten" Verdrängung. Viele der betroffenen Maler resignierten, zogen sich erneut zurück und widmeten sich wiederum im Verborgenen unbeirrt ihrem zumeist expressiv-gegenständlichen Kunstschaffen. So entstand wie zur Zeit des Nationalsozialismus - unabhängig von angesagten Kunstmarkttrends - eine durch Kommerzialisierung nicht deformierte Bildkunst. Die längst überfällige Wiederentdeckung und Würdigung des Ranges vieler Künstler der Verschollenen Generation sollte in nennenswertem Umfang erst mit der deutschen Wiedervereinigung einsetzen. Zu spät für viele der Malerinnen und Maler: Sie waren inzwischen verstorben. So schreibt die expressive Malerin Maria von Heider-Schweinitz (1894-1974) kurz vor Ende ihres Lebens an ihren langjährigen Freund und Ratgeber Karl Schmidt-Rottluff: "Daß ich für meine Person nicht ehrgeizig gewesen bin, das hat wohl mein ganzes Leben bewiesen. Den Bildern aber wünsche ich Gerechtigkeit, sei es auch nach meinem Tode".

Für unser kulturelles Gedächtnis ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, den in vielen Jahrzehnten verfemten und verdrängten Malerinnen und Malern einer weitgehend übergangenen Generation den ihr gebührenden Platz in der Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts einzuräumen. In den letzten zwanzig Jahren tauchten in Nachlässen und Privatbeständen immer wieder eindrucksvolle Beispiele für das qualitätvolle Schaffen dieser lange Zeit Ausgegrenzten auf. Mittlerweile wurden mehrere Hundert ehemals verfemter und dann übergangener Malerinnen und Maler der expressiven Gegenständlichkeit von Nachfahren, Kunsthistorikern und Privatsammlern wiederentdeckt. Anhand ihrer hinterlassenen Werke und gebrochenen Biographien lässt sich das individuelle Leiden an den Zumutungen der Zeit für uns Nachgeborene eindrucksvoll nachvollziehen.

Die hier stellvertretend abgebildeten Werke sollen das eigenständige und anspruchsvolle Kunstschaffen dieser in vielfältiger Weise gezeichneten Generation veranschaulichen. In Zukunft wird sicherlich mit weiteren spannenden Entdeckungen zu rechnen sein. In manchem Fall ist es überfällig, diesen wiederentdeckten Künstlern eine angemessene museale Präsenz zu verschaffen. Warum haben die namhaften Kunsttempel in den Kulturmetropolen Berlin, München, Köln oder Frankfurt bislang nicht gehandelt?

Sammlung Gerhard Schneider und Bürgerstiftung für verfemte Künste

Ein herausragender Meilenstein in der Rezeption und systematischen Aufarbeitung der Künstler expressiver Gegenständlichkeit aus der Verschollenen Generation stellt die repräsentative Sammlung von Gemälden, Aquarellen und Graphiken von Gerhard Schneider dar. Sie umfasst inzwischen über 2.000 Werke von Malern und Graphikern, die viele Jahrzehnte ein weitgehend unbeachtetes und ungewürdigtes Dasein jenseits des öffentlichen Kunstbetriebs geführt haben. Teile dieser eindrucksvollen Sammlung wurden 2004 in die "Bürgerstiftung für verfemte Künste mit der Sammlung

Gerhard Schneider" eingebracht, die ihren Standort z. Zt. im Solinger Kunstmuseum (Museum Baden) hat. Diese in ihrer Ausrichtung in Deutschland einmalige Stiftung sowie eine zugehörige Fördergesellschaft widmen sich mit Ausstellungen und Forschungsaktivitäten interdisziplinär den verschiedenen, in zwei Diktaturen verfemten Kunstgattungen Malerei, Literatur und Musik (www.verfemte-kunst.de). So wurde in 2008 die Literatursammlung des Journalisten Jürgen Serke "Die verbrannten Dichter" als Dauerleihgabe der Stiftung der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, Wuppertal, integriert; die Zulegung dieser Stiftung zur Bürgerstiftung ist auf den Weg gebracht.

90.000 Besuchern eine beachtliche Resonanz. Eine Begegnung mit Gemälden und Graphiken jener "Meister im Schatten großer Namen" aus dieser Sammlung ermöglicht aktuell die Ausstellung "Entdeckte Moderne - Vom expressionistischen Aufbruch zu NS-Verfemung" in der Kunsthalle Jesuitenkirche, Aschaffenburg, vom 11.9. bis 21.11.2010. Diese und weitere Präsentationen (siehe Empfehlungen) sollten sich vor allem Entdeckernaturen und historisch Interessierte unter den Kunstliebhabern nicht entgehen lassen.

Aktuelle Ausstellung

Ausstellungen mit Kunstwerken aus der Sammlung Gerhard Schneider wurden in den letzten Jahren in zahlreichen Museen im In- und Ausland mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten gezeigt und erfuhren mit ca.

Jürgen Vits ist Mitglied der Vereinigung "Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V." sowie der "Fördergesellschaft »Zentrum für verfemte Künste« e.V."

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an: fam.vits@yahoo.de oder: gerhard.schneider@verfemte-kunst.de





linkes Bild:

Teo Gebürsch (1899-1958): "Berliner Gartenhäuser", 1930, Öl/ Holz;(Bürgerstiftung für verfemte Künste mit der Sammlung Gerhard Schneider) Foto: Fotoatelier Saša Fuis, Köln

rechtes Bild:

Maria von Heider-Schweinitz (1894-1974): "Kleine Jüdin", Öl/ Leinwand, gemalt am 10.11.1938 unmittelbar nach der Reichspogromnacht; (Privatbesitz) Foto: Museum Giersch, Frankfurt

Ausstellungsempfehlungen

- Kunsthalle Jesuitenkirche, Aschaffenburg: Entdeckte Moderne Vom expressionistischen Aufbruch zur NS-Verfemung. Werke aus der Sammlung Gerhard Schneider (11.09. bis 21.11. 2010)
- Mathildenhöhe Darmstadt: Gesamtkunstwerk Expressionismus (24.10.2010 bis 13.02.2011)
- Solinger Kunstmuseum (Museum Baden): Entdeckte Moderne Bilder des 20. Jahrhunderts aus der Sammlung Gerhard Schneider (Gezeigt werden über 300 Exponate zwischen 1910 und nach 1989. (30. 01 bis 03.04. 2011)
- Museum Giersch, Frankfurt am Main, "Expressionismus im Rhein-Main-Gebiet Künstler, Händler, Sammler" (03.04. bis 17.07 2011)

Literaturempfehlung:

Katalog "Entdeckte Moderne – Werke aus der Sammlung Gerhard Schneider", hrsg. von R. Jessewitsch u. G. Schneider, Bönen/Westfalen, 2008.
 532 Seiten mit 866 Abb.; 9 wissenschaftliche Beiträge. Nur zu beziehen über: Kunstmuseum Baden, Wuppertaler Str. 160, 42653 Solingen (vieten@museum-baden.de) oder die ausstellenden Museen.

Freiheit – Verantwortung Wir in unserem Staat

Während der Kandidatur unseres Vorsitzenden Joachim Gauck für das Amt des Bundespräsidenten hat er im Deutschen Theater in Berlin am 22. Juni 2010 eine vielbeachtete Rede gehalten, die wir in Auszügen abdrucken möchten:

Wenn ich mich Ihnen vorstelle, möchte ich meine Leitgedanken, meine politischen Schwerpunkte und Ziele nicht in Thesen fassen. Vielmehr möchte ich von Erfahrungen sprechen, die mich geprägt haben und den aus mir gemacht haben, der heute vor Ihnen steht. Es sind Erfahrungen, die die Leidenschaft für Freiheit, Demokratie und Recht in meinem Leben verankert haben. Über der ersten Begegnung mit dem Leben könnte ein Titel von Thomas Mann stehen: "Unruhe und frühes Leid". In meiner Kindheit war Krieg. Ich selbst bin der elementaren Bedrohung nur einmal begegnet, im Keller meines Großvaters. Die Bombe fiel damals nicht auf unser Haus, aber die Angst vor Tod und Zerstörung kam zu mir über die Augen der Erwachsenen. Sie kam auch bei Kriegsende zu mir über die Erwachsenen, als Männer abgeholt wurden, zum Arbeiten oder zum Erschießen, und als Frauen und Mädchen ihre Körper verhüllten und sich der Schrecken auf ihren Gesichtern spiegelte.

Ich bin 1940 geboren. An den Glanz in den Augen der Verführten, die jubelten, als ihr Führer aller Welt Angst machte, kann ich mich nicht erinnern. Ich erinnere mich erst an die Angstaugen, als der Krieg verloren war und Deutschland einem schrecklichen Ende entgegen ging. Und das Kind lernte: Da draußen ist es zum Fürchten.

Sechs Jahre später wurde mein Vater abgeholt. Er verschwand in Sibirien wie Abertausende, die denunziert und ohne jedes Vergehen bestraft wurden. Mein Vater hatte Glück. Nach fünf Jahren kehrte er zurück. Arno Esch und andere freiheitsliebende Jugendli-

che sind in Moskau erschossen worden. Meine Großmutter, meine Mutter, meine kleinen Geschwister und ich, sowie all die anderen Familien, die sich der neuen Zeit verweigerten – wir spürten: Da draußen ist es zum Fürchten.

Als mir Krieg, Diktatur, wieder Diktatur, Willkür und Rechtlosigkeit begegneten, war es die mütterliche Liebe, die dem kleinen Jungen, der sich ohnmächtig fühlte, letztlich das Zutrauen in sich selbst und in das Leben schenkte. Hass und Niedertracht um mich herum waren nicht ausgelöscht, aber ich wurde überlebensfähig. So erkannte ich im Nachhinein: Lange bevor Widerstand, Opposition oder Eigensinn gelebt werden, müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Deshalb sind Eltern und frühkindliche ermächtigende Erziehung so unglaublich wichtig.

Es war kein Zufall, dass ich mit zwölf Jahren dem Freiheitspathos von Friedrich Schiller verfiel, mit dreizehn Jahren wie ein Fiebernder am Radiogerät die Ereignisse des 17. Juni verfolgte und mit sechzehn am liebsten bei der Revolution in Ungarn mitgekämpft hätte.

Bis zu meinem 22. Lebensjahr war der Westen noch erreichbar. Ich fuhr hin, viele andere auch, an Wochenenden und in den Ferien. Die Demokratie dort war nicht perfekt, aber lebendig. Die Menschen wählten ihre Regierenden, sie lasen unterschiedliche Zeitungen, sie besaßen Gewerkschaften, die kämpften, es gab Bücher und Schallplatten, die bei uns verboten waren. Die Freiheit, die wir dort fanden, beflügelte uns. Auf Reisen im Westen tankten wir auf, um den Alltag im Osten besser zu bestehen.

Nach 1961 aber konnten wir nicht mehr zwischen dem Bleiben in der Heimat auch unter kommunistischer Herrschaft oder dem Neubeginn in der ersehnten, aber fremden Freiheit wählen. Der Aus-



weg war uns versperrt. Das Bild vom Westen setzte sich nur umso fester in unserem Innern fest. Sehnsucht nistete sich in unseren Herzen ein. Das wirkliche Westdeutschland entwickelte sich in eine uns unbekannte, von vielen Widersprüchen und Mängeln geprägte Richtung, unsere innere Wirklichkeit hingegen verklärte den abgetrennten Teil zu einem Staat ohne Runzeln und Abgründe. Wir haben die Freiheit idealisiert, die wir nicht besaßen.

Im eigenen Land trug die Freiheitsliebe einen Tarnanzug. Sie zitierte Heine, sie zitierte Schiller, sprach von der Französischen Revolution, siedelte – wie schon in der braunen Diktatur – in Innenräumen. "Die Gedanken sind frei" sangen wir in der Kirche und in der Familie. Um uns herum gab es gleich gesinnte Freundeskreise, Kirchgemeinden, Cliquen, die Jugendgruppen der Kirchen.

Ich suchte Botschafter der geistigen Freiheit auch in der Diktatur. Immer wieder waren es Christen und Kirchenvertreter wie mein mecklenburgischer Landesbischof Heinrich Rathke, die mir Wegweisung und Mut gaben. Sie ließen mich glauben, dass die Wahrheit – ethisch wie politisch – nicht bei der Mehrheit sein muss. Wir erlernten damals die Minderheitenexistenz. Und indem wir sie annahmen, annehmen mussten, verloren wir zwar allerhand - aber nicht uns selbst.

Uns selber treu zu bleiben, halfen uns auch die, deren Ermutigung uns selbst noch erreichte, als die Staatsmacht sie außer Landes getrieben hatte. Wolf Biermann, Günter Kuhnert, Reiner Kunze, Erich Loest, Sarah Kirsch, um nur einige zu nennen, deren Worte und Lieder versteckt in Koffern, Handtaschen oder über Diplomatenpost die Mauer überwanden. Wir fanden Trost und Zuspruch auch bei Martin Luther King – ich begegnete diesem Ermutiger persönlich in den sechziger Jahren in der Berliner Marienkirche: "I have a dream." Ähnliche Botschaften drangen aus der Ferne auch von Alexander Solschenizyn, Andrej Sacharow, von Vaclav Havel und den Widerständigen aus der polnischen Solidarnosc zu uns. Und mochte Nelson Mandela am anderen Ende der Welt auch in seiner Zelle in Robben Island gefangen sein, so fühlten wir uns doch mit seiner Freiheitsbotschaft verbunden. Später, in der Rückschau, erkannte ich die Bedeutung dieser realen und der Begegnungen im Geiste: Widerstand IST nicht, Widerstand WIRD.

konnte, mussten Angst und Resignation überwunden werden. In unseren Seelen eingelagert war eine ganze Niederlagengeschichte. Immer hatten die Dikatoren gesiegt: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in Prag, 1970 und 1981 in Polen. Widerstand ist zwecklos – fast hatten wir uns damit abgefunden. In den späten Jahren der Diktatur aber zeigte sich: Es gibt Situationen, in denen die Befolgung von Wahrscheinlichkeitsrechnungen nicht klug, sondern einengend ist - die angebliche Aussichtslosigkeit von Widerstand legte uns nämlich Wohlverhalten nahe. Erst ganz langsam und dann sehr schnell lernten wir eine ratio, die die humanen Werte hoch hielt und das Ziel der Freiheit auch dann bewahrte und benannte, als ihr Erfolg noch in fernen Sternen stand: Nie vergessen, wie im Nachbarvolk Polen weder Kriegsrecht noch Inhaftierungen den Freiheitswillen brechen konnten. Nie ver-

Bevor der Freiheitssturm Europa vor zwanzig Jahren verändern

gessen, wie der polnische Papst mit "Fürchtet euch nicht" seine Landsleute ermutigte. Weit, ganz weit über die katholische Kirche und Polen hinaus wurde dieser Zuspruch politikmächtig. Nie vergessen, wie Vaclav Havel über die "Versuche in der Wahrheit zu leben" auch uns eine Richtschnur wies. Diese und ähnliche Vorbilder inspirierten auch uns immer wieder, uns mit den erstarrten Verhältnissen nicht abzufinden.

Ich bin mir sicher, dass unser deutsches "Yes, we can" das sächsische "Wir sind das Volk" war. Ich bin so sicher, weil ich die Wirkung dieser Botschaft erlebt habe. Weil ich erfahren habe, welch unerwartete und ungeheure Kraft in den lange Unterdrückten noch steckte. Weil ich unter ihnen war, die sich staunend anschauten auf den Straßen und Plätzen unseres kleinen Landes: Bin ICH das? Sind WIR das? Sind wir tatsächlich so mutig? Damals setzten wir unsere Befreiung durch. Diese Erfahrung kann der Osten des Landes in die gemeinsame deutsche Geschichte einbringen und den Bewohnern im Westen unseres Landes schenken: Auch Deutsche können Revolution. Diese unbändige Kraft damals – manchem ging sie allerdings verloren, als uns später die Mühen der Ebene zu schaffen machten. Denn unsere Befreiung war Freiheit von etwas gewesen. Wir hatten den Druck, die Normen, die Uniformität, die Einschüchterung abgeschüttelt. Und wir hatten erhalten, wonach wir uns gesehnt hatten - die Freiheit zu etwas: die Freiheit des Denkens, der Meinung, die Freiheit der Selbstverwirklichung nach unseren Möglichkeiten. Doch diese Freiheit hatten wir als Bewohner einer Diktatur nicht lernen und nicht einüben können.

Mehr noch als die Bewohner in Deutschlands Westen begleitet die Bewohner des Ostens deshalb eine Angst vor der Freiheit, die den schmerzlichen Prozess der Aufklärung und Säkularisierung auf dem Weg in die Moderne immer begleitet hat. Wir haben durch die Freiheit viel gewonnen, aber wir haben auch Bindungen, die äußere festgezurrte Ordnung und Sicherheit verloren. Für ihre Lebensplanung sind die Menschen nun selbst zuständig – aber zu dieser Eigenverantwortung sind einige nicht mehr, und andere noch nicht fähig. Die Gestaltung der Freiheit ist generell der Gefahr ausgesetzt, durch die Angst vor ihr beschnitten und gehemmt zu werden. Ich kenne viele, die einst fürchteten, eingesperrt zu werden, und jetzt fürchten, abgehängt zu werden. Das werden wir zu bearbeiten haben – auch wenn die Angst häufig eher da ist als die reale Gefahr....

Die Freiheit, die wir bejahen, bindet sich an das Gemeinwohl. Sie akzeptiert eine Ratio des sozialen Ausgleichs und nimmt den besser Gestellten, um es den schlechter Gestellten zu geben. Dies geschieht durch das Steuersystem und die Sozialleistungen. Eine solidarische Gesellschaft steht Hilfsbedürftigen bei, wenn sie in Not sind. Sie ermächtigt die Hilfsbedürftigen aber vor allem, wieder für sich selbst zu sorgen. Für diese Art der Unterstützung passt der Begriff Fürsorge nur bedingt. Fürsorge kann entmächtigend wirken, wenn der Staat die Rolle eines gütigen Fürsten annimmt, dessen Gestus die Empfänger zu Mündeln macht und ihre Abhängigkeit fördert statt an ihren Mut und ihr Selbstvertrauen zu appellieren.

Freiheit, die sich ans Gemeinwohl bindet, schafft auch soziale und ökonomische Voraussetzungen für eine möglichst große Chancengleichheit. Menschen in unterprivilegierten Schichten und Menschen, die erst in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind, dürfen aufgrund fehlender ökonomischer und sozialer Absicherung nicht um ihre Entwicklungsmöglichkeiten gebracht werden. Selbstverwirklichung in Freiheit gelingt nur, wenn beispielsweise Kinder und Jugendliche über gleiche Bildungschancen verfügen – unabhängig von ihrem Elternhaus.

In einer Freiheit, die als Verantwortung gelebt wird, kann aber nicht einer Gesellschaftsschicht die Verantwortung für die anderen übertragen werden. Wir brauchen Bürgersinn in allen Schichten. Wir brauchen Menschen, die je nach ihren Möglichkeiten Verantwortung für diesen, unseren gemeinsamen Staat tragen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status, unabhängig von ihrer Kultur, Religion und Ethnie.

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft sein, die auch Defizite bei der Integration von Migranten und Zugewanderten abbaut. Wir wollen eine aufnehmende und einladende Gesellschaft sein; jeder weiß, dass wir Zuwanderer schon aus demographischen Gründen brauchen. Vor kurzem war ich tief bewegt, als ich die mangelnde Beheimatung spürte, die viele von ihnen immer noch verspüren, selbst wenn sie hier geboren wurden. In den USA begegneten mir Menschen, die erst zwei, drei Jahre im Land lebten, aber dennoch stolz erklärten: This is my country. Hier aber begegnete mir eine junge Frau, die als Tochter türkischer Eltern hier zur Schule ging, hier als akademisch Gebildete in führender Position im politischen Leben aktiv ist, aber mich dennoch mit großen Augen ansah: "Gehöre ich dazu, wenn Sie sagen: Wir sind ein Volk?" Offensichtlich haben wir zu lange zu wenige und zu halbherzige Einladungen ausgesprochen und dadurch mit befördert, was uns heute große Probleme bereitet: Ressentiments gegenüber fremden Kulturen auf der einen Seite und mangelnde Integrationsbereitschaft in bestimmten Milieus der Zuwanderer auf der anderen Seite. Demokratie lebt von einer festen Wertebasis, aber sie ist keine ausschließlich rationale Veranstaltung. Demokratie lebt mit Emotionen, mit Ressentiments, mit gegensätzlichen Interessen. Die Politik in Demokratien hat einerseits für möglichst sachgerechte Lösungen zu sorgen, aber sie ist auch angewiesen auf Akzeptanz in der Bevölkerung. Die jetzt schon hitzigen Debatten über das Weltklima werden an Heftigkeit zunehmen. Wer Freiheit als Ver-

Die Freiheit demokratischer Staaten bietet einen Raum für unterschiedliche Meinungen und Interessen. Die Freiheit demokratischer Staaten ermöglicht es, auch mit Emotionen, Irrationalität, Ressentiments umzugehen und Kompromisse zu finden, die von Nationalismus und Fundamentalismus weg- und zu einer breiten Akzeptanz hinführen. Ein freier Meinungsaustausch ist die sicherste Gewähr dafür, dass sich die Bürger in Deutschland, in Europa mit ihrem Staat, mit unserem Europa identifizieren und für sie Verantwortung zu übernehmen bereit sind.

antwortung definiert, wird der Zukunftsfrage des Klimaschutzes

als Bewahrer der Schöpfung zu begegnen haben – und zwar mit

deutlich mehr Entschlossenheit...

Deshalb ist es mir so wichtig, an die Tage der Ermächtigung vor zwanzig Jahren zu erinnern, als wir neben uns und überall auf dem Erdkreis die Nähe derer suchten, die Freiheit leben mochten, die Verantwortung wollten und konnten. Menschen haben immer eine Wahl. Die Flüchtenden verlassen die, die standhalten. Aber es ist die verwegene Ratio jener, die standhalten, die Zukunft eröffnet. Wer Ja sagt zu seiner Freiheit, wer sie nicht nur will, sondern lebt, dem fließen Kräfte zu, die ihn und diese Welt verändern.

Wir schauen auf die Kraft, die uns 1989 im Osten ermächtigte, wir erinnern uns an die Gestalter und Ermutiger, die die alte Bundesrepublik zu einem Ort der Menschen- und Bürgerrechte gemacht haben, an dem gleiches Recht für alle gilt und sich Not in Wohlstand wandelte. Ob wir auf dem Hambacher Schloss stehen oder in Leipzigs Nikolaikirche, ob wir im Lincoln-Memorial in Washington oder vor den großen Kreuzen vor der Danziger Werft – immer können wir die mobilisierenden Botschaften vernehmen, die unser Ja zur Freiheit befestigen...

Mindestens ebenso wichtig sind wir Bürger aber auch in der Parteienlandschaft unseres Staates als Wähler. Ein Bundespräsident wird nicht nachlassen, zur Wahlbeteiligung aufzufordern, dieser grundlegenden politischen und moralischen Pflicht in unserem Staat.

Ich erinnere mich daran, wie lange und wie sehnlich ich und andere Bürger Mittelosteuropas darauf warteten, endlich das tun zu dürfen, was für Bürger im Westen seit Großvaters Zeiten ganz selbstverständlich war: in freien, gleichen und geheimen Wahlen die eigene Regierung zu wählen. Ich musste 50 Jahre alt werden, um das zu tun. Ich blicke zurück und sehe mich am Vormittag des 18. März 1990 mit Glückstränen im Gesicht aus dem Wahllokal kommen. Und ich sage zu dem Menschen neben mir, was er doch schon weiß: "Ich habe gewählt".

Für einen kurzen Moment war alle Freiheit Europas in das Herz des Einzelnen gekommen. Ich wusste: Nie, nie und nimmer wirst du auch nur eine Wahl versäumen.

In zwanzig Jahren Demokratie habe ich gelernt, das Leben in der Freiheit nicht eine dauernde Erfolgs- und Glückserfahrung ist. In der Politik ist es wie im privaten Leben. Besonders in Krisenzeiten, wenn Herausforderungen zu bestehen sind, wachsen uns Kräfte zu, die wir in Zeiten ruhiger Sicherheit weder benötigen noch kennen. Deshalb verbindet uns die Meisterung von Krisen mit dem Leben und mit dem Leben in unserem Staat.

Ich träume von einem Land, in dem ich nicht nur zufrieden bin, weil seine Institutionen funktionieren, sondern das imstande ist, sich selber aus der Unkultur von Angst, Resignation und Tristesse zu erlösen, indem es gestaltet und das Seine eigenständig sucht, erkämpft, betreibt. Dann werden wir die Demokratie alle irgendwie "haben", echte Freude an ihr wird jedoch dann entstehen, wenn wir sie auch leben.

Mit Demokratie ist es, wie mit dem Leben: Glück ist weniger im "Haben" aber beständig im "Sein".





Inzwischen liegt mein Jahr Friedensarbeit mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. bei "Yahad – In Unum" in Paris schon einige Zeit zurück.

Schon die Vorbereitungen waren nicht einfach. Es war nicht gerade leicht,15 Personen aus meinem Freundes- und Verwandtenkreis davon zu überzeugen, meinem Spenderkreis beizutreten und eine einmalige Zahlung von 120 Euro zu leisten. "Wir haben schon genug gesühnt", "Man muss ja nicht unbedingt ins Ausland", oder ähnliches hat es von manchen Seiten her geheißen.

Angekommen bin ich letztendlich doch und ich habe mich schnell zurechtgefunden in den zwei riesigen Altbaubüros des zehnten Arrondissements von "Yahad – In Unum". Ukrainer, Russen, Weißrussen, Polen, Franzosen und Deutsche arbeiten hier im Auftrag der katholischen Bischofskonferenz mit dem Beauftragten für die Beziehungen zum Judentum, Patrick Desbois.

Etwa 2,5 Millionen Opfer von Massakern der Einsatzkommandos an Juden im Osten

Die Aufgabe ist die Erforschung des Holocausts im Osten. Ein "vergessener Holocaust", wie er hier zuweilen genannt wird und dieser Ausdruck hat seine Berechtigung. Trotz ausgeprägtem geschichtlichen Interesse und Geschichtsleistungskurs war er auch mir nicht bekannt. Im Unterricht stand immer der Holocaust der Konzentrationslager, wie er z.B. in Auschwitz oder Treblinka stattfand, im Vordergrund. Die Franzosen nennen diesen Holocaust "Shoah par balles". Das bedeutet "Shoah durch Gewehrkugeln". Er forderte in weniger als drei Jahren um die 2,5 Millionen Todesopfer. Die Menschen wurden erschossen oder in umgebauten LKW vergast von gerade einmal 3000 Mann der Einsatzgruppen. Das waren deutsche Männer der Waffen-SS, des Sicherheitsdienstes, der Kripo, der Gestapo, der Hilfspolizei und der Ordnungspolizei. Es gibt viele Konzentrationslager und auch viele Gedenkstätten,

die daran arbeiten, die schrecklichen Verbrechen des NS-Regimes nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Meist jedoch erinnern sie an die Massaker in den Konzentrationslagern.

Was jedoch bleibt von den 2,5 Millionen Juden aus Ostpolen, der Ukraine, Weißrusslands oder sogar Russlands? Auf weiter Steppe liegen sie verscharrt mit einer Kugel im Kopf und es gibt nicht einmal eine Gedenktafel an ihren unzähligen Massengräbern.

Mühsame Aufklärungsarbeit nach 70 Jahren in der Ukraine, Weißrussland, Russland und Ostpolen

Die Organisation "Yahad – In Unum" arbeitet daran, dass diese Verbrechen erinnert wird oder erst einmal ein Ort des Trauerns und der Erinnerung geschaffen wird. Von Übersetzern, Archivaren, Historikern und Freiwilligen wie mir werden die Archive aus Deutschland und der ehemaligen UdSSR durchkämmt nach Informationen zu den im Osten stattgefundenen Massakern. Es sind nicht die Namen der Täter, der Mittäter oder Mitwisser, die wir suchen, es sind die Orte, wo die Massaker stattfanden.

Bis zu 15 mal im Jahr fährt ein Team, ausgestattet mit Kameras und Tonbandgeräten, in vorher ausgewählte Gebiete und befragt die alten Menschen nach dem, was während der deutschen Besatzung in ihren Dörfern und Städten mit den Juden passiert ist. Die Feldforscher haben auch die Auswertungen der Archive dabei, die im Institut "Yahad – In Unum" in Paris bearbeitet und übersetzt wurden.

"Es hat ja vorher niemand danach gefragt"

Das Ziel besteht darin, so viele Augenzeugen wie möglich zu befragen. Doch die Zeit ist knapp. Da die Ereignisse schon fast 70 Jahre zurückliegen, wird es immer schwieriger, Menschen zu finden,



Patrick Desbois, Präsident von "Yahad - In Unum".



Tamara Semionovna Siltchakovna, Jahrgang 1925, Stadt Goussino, Region Smolensk, Russland, aufgenommen am 2 10 09 Foto: Guillaume Ribot - Yahad – In Unum"

die Massenerschießungen von Juden oder auch Sinti und Roma noch selbst mit angesehen haben. Viele Zeugen, die nun reden, wurden von Einsatzkommandos oder der örtlichen Polizei dazu gezwungen, bei den grausamen Exekutionen zu helfen: Sie mussten Gruben ausheben oder zuschütten, die Kleider der Ermordeten sortieren oder zwischen den Erschießungen die Menschen bewachen, die kurz vorher noch ihre Nachbarn gewesen waren.

Viele reden vor der Kamera das erste Mal über diese Geschehnisse. Auf die Frage: "Warum erst jetzt?", antworten die meisten: "Es hat ja vorher niemand danach gefragt!". Die Berichte der alten Menschen sind oft erschreckend detailliert und nicht wenige brechen während des Interviews in Tränen aus.

300 Massengräber gefunden – auch im Baltikum wird jetzt nach Orten der Verbrechen gesucht

Über tausend Zeugenaussagen wurden auf Video aufgenommen und an die 300 Massengräber gefunden. Doch der Präsident Patrick Desbois möchte nicht ruhen, bis möglichst alle Massengräber lokalisiert worden sind.

Die ersten Nachforschungen gab es 2004 im Oblast Wolhynien in der Ukraine. Bis heute wurde die Arbeit auf drei weitere Länder ausgeweitet und die Staaten des Baltikums sollen noch folgen. Das Projekt wächst und wächst und es wird überlegt, eine Zweigstelle in Berlin zu eröffnen, um die Arbeit mit den deutschen Archivakten zu intensivieren.

Die Bundesrepublik beteiligt sich finanziell und ist seit dem letzten Jahr einer der wichtigsten Sponsoren der Organisation. Von wesentlicher Bedeutung ist auch die Zusammenarbeit des Projekts mit dem US Holocaust Memorial Museum und der Universität Paris Sorbonne, die bei der Arbeit von "Yahad – In Unum" mit Sachverständnis und Geldmitteln zur Seite stehen. Diese Zusammenarbeit hat im Oktober 2009 ein Recherche-Zentrum

hervorgebracht, indem Interessierte selbst in den Archiven Nachforschungen anstellen können und Einsicht in die Videozeugenaufnahmen bekommen. Doch es gibt noch immer viel zu tun.

Was meine Arbeit bei "Yahad – In Unum" für mich so interessant macht, ist die Möglichkeit als Deutscher eine etwas unbekannte Facette des Holocausts gemeinsam mit Menschen der "Opferstaaten" in Paris aufzuarbeiten. Eine seltene Mischung, das muss ich schon zugeben, aber umso spannender.

Paul Reckmann studiert deutsch-französisches Recht an der



Ein alter Mann zeigt auf einen Erschießungsort im Wald. Foto: Guillaume Ribot, "Yahad – In Unum".



Stephania Balabane, Jahrgang 1920, Dorf Velykibirkiy, Region Ternopil, Ukraine, aufgenommen am 10.5.09. Foto: Guillaume Ribot, "Yahad - In Unum".



Olga Girgorivina Bougouchevitch, Jahrgang 1927, Dorf Sinkievitchi, Region Brest Weißrussland, aufgenommen am 20.8.09, während eines Interviews. Foto: Guillaume Ribot. "Yahad – In Unum".

10 Jahre Deutsches Riga-Komitee

Winfried Nachtwei



Vor den Mauerresten der ehemaligen großen Choral Synagoge in Riga: Winfried Nachtwei mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Erinnerungsreise des Riga-Komitees. Foto: Uwe Zucchi

Münster, Osnabrück und Bielefeld gehörten neben Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Leipzig, Nürnberg (u.a. mit Würzburg) und Stuttgart im Jahr 2000 zu den 13 kommunalen Gründungsmitgliedern des Deutschen Riga-Komitees. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Komitees besuchten Repräsentanten von 24 Städten die lettische Hauptstadt.

Im Riga-Komitee wirken, initiiert durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, inzwischen 38 deutsche Städte und die Stadt Wien zusammen. Diese Städthe haben gemeinsam, dass aus ihnen 1941/1942 jüdische Menschen nach Riga deportiert worden waren. Aus Westfalen, von wo in zwei Transporten aus Münster/Osnabrück/ Bielefeld und Dortmund etwa 2 000 Menschen verschleppt wurden, sind neben den o.g. Städten inzwischen auch Bocholt, Steinfurt, Warendorf, Paderborn, Billerbeck, Vreden, Coesfeld, Recklinghausen, Gütersloh, Haltern und Marl am See Mitglieder des Komitees. Darüber hinaus gehören seit 2001 Kiel, Lübeck, Wien, Bremen zum Komitee, seit 2003 Dresden, seit 2007 Bochum und Gelsenkirchen, seit 2008 Magdeburg.

Aufgabe des Zusammenschlusses ist es, die über Jahrzehnte verschüttete Erinnerung an die etwa 25.000 nach Riga Verschleppten wach zu halten, von denen die allermeisten in Riga ermordet wurden – durch die Haftbedingungen, durch Massenerschießungen im Wald von Bikernieki. Mit den Riga-Deportationen begann der Massenmord an den deutschen Juden!

Zu der 70-köpfigen Delegation gehörten Präsidenten von Landesparlamenten, ein Staatsekretär, viele (Ober)-Bürgermeister, Stadträte und

Beigeordnete, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen, Judith Neuwald-Tassbach (26 ihrer Familienmitglieder wurden nach Riga verschleppt, nur zwei überlebten, darunter ihr Vater). Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, der Künstler Dr. Horst Hoheisel, führende Vertreter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, aus Münster Stadtrat Dr. Wolf Heinrichs und der ehemalige Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei. Leiter der Delegation war der Vizepräsident des Volksbundes, Prof. Volker Hannemann, erster Organisator Thomas Rey, Leiter der Anteilung Gedenkkultur und Bildungsarbeit beim Volksbund.

Der Gedenktag:

Zusammen mit den 25 deutschen und lettischen Jugendlichen des Volksbund-Workcamps suchte die Delegation am 9. Juli 2010 zentrale Orte der nazistischen Judenverfolgung auf: die ehemalige Große Choral Synagoge an der Gogolstraße; den Alten Jüdischen Friedhof in der Moskauer Vorstadt an der Ecke, wo im früheren "Reichsjudenghetto" die Bielefelder und Düsseldorfer Straße zusammentrafen; das Wäldchen von Rumbula, wo am 30. November und 8. Dezember NS-Einheiten mehr als 28.000 Rigaer Juden ermordeten, um "Platz zu schaffen" für die angekündigten Transporte aus dem Reich. Als jemand, der 1989 erstmalig in Riga auf die Spuren der Verschleppten gestoßen war, schilderte Nachtwei den Delegationsmitgliedern die Geschichte dieser Orte. (Redebeiträge unter www.nachtwei.de)

Im Wald von Bikernieki traf die Delegation zu einer Gedenkstunde mit Vertretern der Jüdischen Gemeinde, des lettischen Staates, der Stadt Riga und mit letzten Ghetto-Überlebenden zusammen. Hier erschossen von 1941 bis 1944 deutsche Sicherheitspolizisten und ihre einheimischen Helfer mehr als 35.000 Menschen: zum größeren Teil jüdische Frauen und Männer, Kinder und Greise, aber auch politische Häftlinge, geistig Behinderte, sowjetische Kriegsgefangene. Seit 2001 befindet sich hier eine würdige Gedenkstätte, die mit Hilfe des Volksbundes, des Auswärtigen Amtes und der Städte des Riga-Komitees errichtet werden konnte und die seit 2002 von deutschen und lettischen Jugendlichen der Workcamps des Volksbund-Landesverbandes Bremen mitgepflegt wird. Die Jugendlichen verlasen die Namen der Deportierten aus den deutschen Städten, die zuletzt dem Riga-Komitee beitraten. Für die Delegation hielt W. Nachtwei die Gedenkansprache. Auf den Tag genau 21 Jahre zuvor hatte er erstmalig diese Mordstätte betreten – und das Gräberfeld als beschämend vergessenen und verlorenen Ort erfahren. Anschließend wurden Kränze niedergelegt, ein christliches Gebet und das Kaddisch gesprochen.

Zwiespältige Erinnerungen

Die Delegation hatte den Tag begonnen mit einer Kranzniederlegung am Freiheitsdenkmal in der Innenstadt. Nach der Gedenkstunde in Bikernieki fuhr sie am Nachmittag an den Stadtrand von Riga zum deutschen Soldatenfriedhof in Riga-Beberbeki. Im Jahr 2007 wurde der "Sammelfriedhof" eingeweiht. Bis 2015 sollen noch die sterblichen Überreste von 5.000 bis 6.000 deutschen Soldaten hierhin umgebettet werden.

Nach den Orten der Judenvernichtung auch einen deutschen Soldatenfriedhof zu besuchen, fiel etlichen schwer, einige betraten ihn nicht. Wehrmachtssoldaten waren nicht nur Opfer, gefallene Söhne,

Väter, Brüder. Sie waren auch – gezwungen bis begeistert – Mitmarschierer, Teil einer Wehrmacht, die Wegbereiter des Holocaust war. Auf der Rasenfläche stehen Steinkreuze mit drei bis sechs Namen (Dienstgrad, Name, Geburts- und Sterbedatum), in der Mitte breite Stelen jeweils mit Dutzenden von Namen. Kranzniederlegung am zentralen Kreuz. Die sonnige Lichtung, das weite Grün, ein tief friedlich anmutender Ort. Doch es kriecht heran, das massenhafte Krepieren, Zerfetzen, Töten hinter den Namen der oft so jungen Männer.

Die Jugendlichen haben am Eingang Zeichnungen mit Friedensmotiven ausgelegt und auf dem Gelände Zitate wie "Die Soldatengräber sind die größten Prediger des Friedens" (Albert Schweitzer) oder "Wer an Europa verzweifelt, … der sollte Soldatengräber besuchen." (Jean-Claude Juncker). Die Jugendlichen nehmen teilweise zum wiederholten Mal in ihren Ferien an einem zweiwöchigen Workcamp teil. Über Bekannte und aus dem Internet haben sie von dieser Möglichkeit erfahren. Bis Ende 2009 nahmen 359 Jugendliche an Workcamps in Riga teil.

http://www.volksbund.de/jugend_schule/workcamps/

Seit einigen Jahren organisierten Gruppen von Pax Christi, der katholischen Friedensbewegung, Erinnerungsreisen an die Stätten der Judenverfolgung und -vernichtung in Riga. http://www.paxchristi.de

Die Delegation kommt überein, die Zusammenarbeit im Rahmen des Riga-Komitees zu vertiefen. Die Vertreter von Würzburg und Sachsen-Anhalt bieten an, hierzu initiativ zu werden.

Das ist schon deshalb sehr zu begrüßen, weil sich ab November 2011 die Deportationen nach Riga zum 70. Mal jähren. Wem ist hierzulande schon bekannt, dass mit den Riga-Deportationen die Massenvernichtung der jüdischen Menschen aus Deutschland begann?

Nachbemerkung:

Am 1. Juli wollte eine Gruppe um einen Uldis Freimanis den Tag des Einmarsches der deutschen Wehrmacht vor 69 Jahren am Freiheitsdenkmal begehen. Die deutsche Okkupation sei besser als die sowjetische gewesen. Das von der Stadt Riga ausgesprochene Demonstrationsverbot wurde vom Verwaltungsgericht aufgehoben. Die Polizei verwickelte dann aber den Demo-Verantwortlichen so lange in Gespräche, dass der Umzug nicht zustande kam. Die Spitzen der lettischen Politik verurteilten einhellig dieses in Europa wohl einmalige Unterfangen.

In den Tagen nach der Gedenkveranstaltung erleben wir auch wieder das herrliche Riga. Tags drauf der große Umzug der Kin-





Der Erinnerungsort im Wald von Bikernieki in den 1990er Jahren und im Jahr 2010. Fotos: Winfried Nachtwei und Uwe Zucchi.

Perspektiven

Die Delegationsmitglieder sind von den Eindrücken dieses Tages tief bewegt. Sie wollen sie nicht auf sich beruhen lassen. Zugleich ist ausgesprochen ermutigend zu erleben, wie Jugendliche eigenständig und phantasievoll die Erinnerungsarbeit übernehmen. Mit der Gründung des Deutschen Riga-Komitees vor zehn Jahren, der Errichtung der Gedenkstätte Bikernieki gingen Erinnerungskulturen aufeinander zu, die bis dahin weitgehend losgelöst voneinander, teilweise gegeneinander, agiert hatten. (Ich erinnere auch an meine Proteste Anfang der 90er Jahre bei Kundgebungen zum Volkstrauertag, wo nur der "eigenen" Kriegstoten gedacht wurde, aber nicht der verschleppten, ermordeten Nachbarn von nebenan.) Der heutige Tag war ein weiterer Schritt hin zu einer demokratischen und offenen Erinnerungskultur.

der und Jugendlichen anlässlich des 10. Lettischen Jugend Song and Dance Festival mit 1.300 Tanz- und Gesangsgruppen und 31.000 Teilnehmern. Alle in Trachten und farbenfrohen Kleidern, mit Blumenkränzen auf dem Kopf, mit Blumen wedelnd, singend, tanzend. Eine Demonstration natürlicher, bunter, sonniger Lebendfreude.

Oder die Partymeile für Jung und Älter auf den Plätzen der Altstadt, überall mit Live-Musik, die letzten Spiele der Weltmeisterschaft vor internationalem Publikum auf dem Domplatz. Hier bekommen die vielen Touristen nichts davon mit, dass Lettland zu den europäischen Ländern gehört, die am massivsten von der Finanzkrise getroffen sind. Die Reduzierung des Militäretats um 50% steht exemplarisch dafür.

Weitere Informationen:

Winfried Nachtwei, Nordhornstr. 51, 48161 Münster, 0251/86530, 0170/314 8779

winfried@nachtwei, www.nachtwei.de

Herr Nachtwei ist gerne bereit, seinen Diavortrag "Nachbarn von nebenan – verschollen in Riga" zu zeigen.

Winfried Nachtwei war bis 2009 Mitglied der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag und ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. Spendenkonten Sofort- und Nothilfe für Holocaust-Überlebende im Baltikum:

Hanna und Wolf Middelmann, 37079 Göttingen, wolf-middelmann@t-online.de

Stichwort "Riga", Kontonummer 100 499 433 bei Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01

Hilfsfonds "Jüdische Sozialstation" e.V. – Ghetto-Überlebende im Baltikum, c/o Margot Zmarzlik, 79117 Freiburg, Kontonummer 4071 177 61 bei Dresdner Bank Freiburg, BLZ 680 800 30

Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989

Ergebnisse eines Forschungsprojektes

Maria Nooke



Fenster des Gedenkens in der Gedenkstätte Berliner Mauer. Foto: Klausmeier, Stiftung Berliner Mauer, 2010

Die Berliner Mauer als eine der Existenzbedingungen des SED-Staates ist gleichzeitig ein Symbol für den Verstoß der DDR-Machthaber gegen die Menschenrechte – und ihre friedliche Überwindung für den Sieg von Freiheit und Demokratie.

Dass sich eine Vielzahl von DDR-Bürgern trotz der tödlichen Bedrohung zu einer Flucht über die Sperranlagen entschlossen, belegt einen ungebrochenen Freiheitswillen. Doch gibt es bisher weder eine Gesamtbilanz erfolgreicher oder verhinderter Fluchten noch eine des Sterbens an Mauer und Grenze. Nach wie vor kursie-

ren Zahlen, die auf unterschiedlichen Erfassungen beruhen bzw. denen keine nachvollziehbaren Kriterien zu Grunde liegen.

Die Stiftung Berliner Mauer und das Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung Potsdam haben in einem Forschungsprojekt die Todesfälle an der Berliner Mauer zwischen 1961 und 1989 untersucht, die Zahl der Todesopfer ermittelt und die Lebensgeschichten und Todesumstände in biografischen Portraits dokumentiert.

Voraussetzung für die Erfassung als Todesopfer war dabei die Ver-

bindung des Todesfalls mit einer Fluchtaktion oder einem direkten Zusammenhang zum Grenzregime.

Nachweislich sind danach 136 Menschen an der Berliner Mauer zwischen 1961 und 1989 zu Tode gekommen. 98 von ihnen wurden erschossen, 38 der Opfer erlitten Unfälle, an deren Folgen sie starben.

Unter den 136 Todesopfern waren:

- 98 DDR-Flüchtlinge, die beim Versuch, die Grenzanlagen zu überwinden, erschossen wurden, verunglückten oder sich das Leben nahmen
- 30 Menschen aus Ost und West ohne Fluchtabsichten, die erschossen wurden oder verunglückten
- 8 im Dienst getötete DDR-Grenzsoldaten, die durch Fahnenflüchtige, Kameraden, einen Flüchtling, einen Fluchthelfer oder einen Querschläger aus der Waffe eines West-Berliner Polizisten getötet wurden

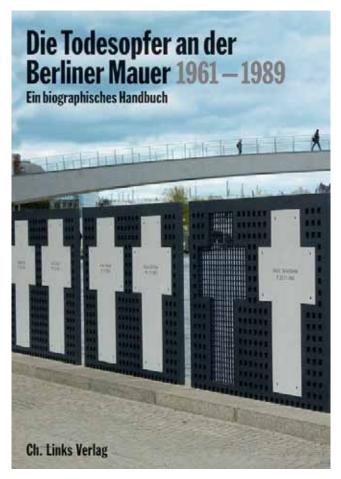
Von den 98 Flüchtlingen wurden 67 erschossen. Bis auf eine Ausnahme waren die Flüchtlinge DDR-Bürger, unter ihnen gab es zehn Fahnenflüchtige. Einziger Ausländer war ein Pole. Er gehört zu den 28 Menschen, die bei Fluchtversuchen an der Mauer verunglückten. Drei der Flüchtlinge nahmen sich beim Scheitern ihres Fluchtversuchs selbst das Leben.

Unter den Opfern ohne Fluchtabsichten waren 22 Einwohner oder Besucher von West-Berlin, von denen 15 erschossen wurden und sieben tödlich verunglückten. Zu letzteren gehören fünf Kreuzberger Kinder, die beim Spielen ins Grenzgewässer fielen und nicht gerettet werden konnten. Acht DDR-Bürger wurden im Grenzgebiet erschossen, obwohl sie keinerlei Fluchtabsichten hatten. Zu den Opfern zählen Männer und Frauen, Kinder und Jugendliche.

Verteilung nach Alter und Geschlecht:

- 9 Kinder unter 16 Jahren,
- 34 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren, darunter zwei junge Frauen
- 67 junge Erwachsene zwischen 21 und 30 Jahren, darunter zwei Frauen
- 13 Erwachsene zwischen 31 und 40 Jahren, darunter eine Frau
- 12 Erwachsene zwischen 41 und 80 Jahren, darunter drei Frauen
- 1 junger Mann, dessen Identität und Alter bislang nicht ermittelt werden konnten.

Mehr als die Hälfte der Todesopfer kamen in den ersten fünf Jahren nach dem Mauerbau ums Leben. Die zeitliche Verteilung ähnelt in ihrem Verlauf der Fluchtentwicklung über die gesamte Zeit der Teilung. Der Ausbau des Grenzsystems, die Veränderungen der Ost-West-Beziehungen und Bemühungen der DDR um internationale Anerkennung, insbesondere der KSZE-Prozess, wirkten sich auf diese Entwicklungen maßgeblich aus. Dennoch gab es bis zum Ende der DDR zahlreiche Fluchten und immer wieder Todesfälle an der Grenze.



Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch, hg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer, Ch. Links Verlag, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 2009.

In den Biographien der Todesopfer sind der Ablauf des Fluchtgeschehens und die konkreten Umstände des Todes dokumentiert, die Rolle der Grenzer und deren strafrechtliche Verfolgung, aber auch der menschenunwürdige Umgang der Stasi mit den Toten und ihren Angehörigen. Gleichzeitig wurde versucht, die Lebenswirklichkeit dieser Menschen und ihre Fluchtmotive herauszuarbeiten. Die Biographien belegen DDR-typische Alltags- und Repressionserfahrungen, geben aber auch Einblick in die Situation der Menschen im geteilten Deutschland.

Die überwiegende Mehrheit der Fluchtopfer kam aus Ost-Berlin und dem Berliner Umland. Diejenigen, die in der ersten Zeit nach dem Mauerbau zu flüchten versuchten, kannten die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede zwischen den beiden Stadthälften aus eigener Anschauung. Viele von ihnen hatten Verwandte im Westen oder gehörten zu den Grenzgängern. Die Teilung war schon vor der Grenzschließung für sie von lebensgeschichtlicher Bedeutung. Die Flüchtlinge der späteren Zeit gehörten dagegen einer Generation an, die weitgehend in der DDR sozialisiert wurde und die offene Grenze nicht mehr bewusst erlebt hatte. Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, fehlende Perspektiven und der Drang nach Freiheit prägten ihre Lebenswirklichkeit.

Auslöser für die Flucht waren nicht nur familiäre Verbindungen, sondern konkrete Anlässe. Dazu gehörten berufliche Probleme, Werbung oder Einberufung zur NVA, Repressalien wegen kritischer Äußerungen, verweigerte Ausbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, Gängeleien oder ein versagter Ausreiseantrag. Etwa ein Viertel der Flüchtlinge hatten Konflikte mit der Staatsmacht. Viele waren aus politischen Gründen inhaftiert, zumeist wegen versuchter "Republikflucht". Es gab jedoch auch Flüchtlinge, die sich einer akuten persönlichen Konfliktlage zu entziehen suchten. Diese Konstellation zeigt sich auch bei einigen Todesopfern, die von West-Berlin kommend an der Mauer erschossen wurden.

Die Biographien der Menschen dokumentieren Folgen und Auswirkungen der deutschen Teilung auf die individuellen Lebensläufe in Ost und West. Manches Einzelschicksal entzieht sich dabei einer eindeutigen Opfer-Täter-Unterscheidung. Unter den Toten finden sich nicht nur politisch Verfolgte, Kritiker und mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen in der DDR Unzufriedene. Auch Stasi-Spitzel, Fahnenflüchtige, die sich mit Waffengewalt ihren Weg in die Freiheit zu bahnen suchten oder im Dienst getötete Grenzposten sind Opfer des Grenzregimes geworden.

Wie schwierig der Umgang mit diesen unterschiedlichen Biographien ist, zeigte sich in der gedenkpolitischen Kontroverse um die Gestaltung des Erinnerungsortes für die Todesopfer in der Gedenkstätte Berliner Mauer. Ursprünglich als "Fenster der Erinnerung" mit Namen und Portraitfotos für alle Todesopfer an der Mauer geplant, wurde er am 21. Mai dieses Jahres als "Fenster des Gedenkens" eingeweiht – unter Auslassung der im Dienst getöteten Grenzsoldaten. Sie werden namentlich auf einer gesonderten Stele genannt. Diese Änderung wird dem Stiftungszweck zum würdigen Gedenken an die Opfer entsprechend als qualitativer Gewinn bewertet. Das Dilemma der nach ausgiebiger Debatte getroffenen Entscheidung zeigt sich exemplarisch an zwei Flucht-

ereignissen. Fahnenflüchtige, die bei ihrem Fluchtversuch einen Grenzer getötet haben und selbst Opfer von Schüssen anderer Grenzer wurden, haben einen Platz im "Fenster des Gedenkens" gefunden. Die von ihnen getöteten Grenzposten nicht, obwohl sie selbst nicht die Waffe gezogen haben. Die Diskussion, ob sie aufgrund ihrer Funktion, die zur Aufrechterhaltung des Grenzregimes verpflichtete, als Täter zu gelten haben, welche Möglichkeiten der Verweigerung es gab und wie die Ableistung des Wehrdienstes an der Grenze zu bewerten ist, bleibt weiterhin zu führen. Letztlich geht es auch bei Fluchten und Fluchtverhinderung um die Frage der individuellen Verantwortung aller Beteiligten und wie sie in einem diktatorischen System gelebt werden kann.

Die Dokumentation der Lebens- und Todesumstände der Opfer eröffnet jedoch in jedem Fall die Möglichkeit, sie als Opfer des Grenzregimes zu sehen. Ihre Biographien belegen den Charakter des SED-Staates, der seine Bürger als Gefangene seines Herrschaftsanspruchs behandelte. Ohne Ansehen der Person ließ er auf jeden schießen, der sich dieser Herrschaft durch Flucht entziehen wollte oder der Grenze zu nahe kam. Selbst das Leben derjenigen war gefährdet, die das Grenzregime aufrecht zu erhalten hatten.

Die Gedenkstätte Berliner Mauer befindet sich in der Bernauer Straße in Berlin-Mitte. www.berliner-mauer-Gedenkstaette.de

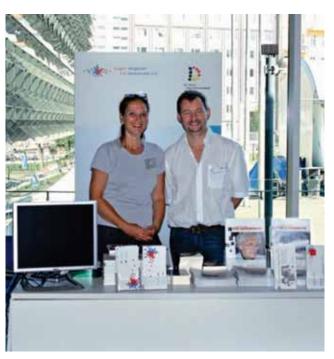
Dr. Maria Nooke ist stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Sabine Grabis und Matthias Habich lasen aus den von Fluchthelfer Dieter Thieme gesammelten Flüchtlingsberichten. Foto: Dennis Riffel

Anlässlich des Gedenktages zum Mauerbau lasen am Abend des 12. August 2010 bei einer Kooperationsveranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und der Gedenkstätte Berliner Mauer der Schauspieler Matthias Habich und die Schauspielerin Sabine Grabis Flüchtlingsberichte, die der im Juni dieses Jahres verstorbene Fluchthelfer Dieter Thieme in den Monaten nach dem Mauerbau gesammelt hat. An der Veranstaltung nahmen neben unseren Vorstandsmitgliedern Dr. Maria Nooke und Prof. Dr. Hansjörg Geiger, der in einer Einführung seine ganz persönliche Erfahrung des Mauerbaus schilderte, auch der Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Dr. Axel Klausmeier, sowie einige ehemalige Fluchthelfer und deren Angehörige teil.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Bundespresseamt



Martin Ziegenhagen und Conny Baeyer am Stand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Bundespresseamt.

Gegen Vergessen – Demokratie e.V. war an den diesjährigen Tagen der offenen Tür der Bundesregierung am 21. und 22. August zum zweiten Mal mit einem eigenen Stand im Bundespresseamt vertreten.

In diesem Jahr standen die Tage der offenen Tür ganz im Zeichen des 20. Jahrestages der deutschen Einheit und neben Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. präsentierten sich zahlreiche Institutionen, die sich mit der Aufarbeitung der DDR beschäftigen. Unsere Vereinigung nutzte die Chance, die vielfältigen Tätigkeiten des Gesamtprojektes sowie auch Schwerpunktprojekte wie die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Etwa 130 000 Besucherinnen und Besucher waren es ingesamt, die an diesen beiden Tagen durch die Ministerien, den Bundestag und das Bundeskanzleramt streiften – nicht wenige darunter, die auch das Bundespresseamt besuchten. Der Stand erwies sich für uns als ein Erfolg: Wir konnten nicht nur viele Flyer und Zeitschriften verteilen, sondern führten vor allem auch viele Gespräche mit interessierten Besucherinnen und Besuchern. So wurden es zwei Tage, die uns in unserem Engagement gegen Rechtsextremismus und für Demokratie bestärkten.

Online gegen Neonazis

Es waren zunächst keine guten Nachrichten, die sich die Journalisten auf der gemeinsamen Pressekonferenz von jugendschutz.net, Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. und der Bundeszentrale für politische Bildung am 24. August in Berlin anhören mussten. Die Zahl rechtsextremer Websites sei so hoch wie nie zuvor, über Web2.0-basierte Angebote wie Facebook oder Youtube vertreiben Rechtsradikale massenhaft Hassmaterial und vernetzen sich in eigenen Communitys, auf Neonaziblogs und rechtsextreme Downloadplattformen greifen täglich bis zu 10.000 Nutzer zu., so Stefan Glaser von jugendschutz.net. Er konnte aber auch berichten, dass es jugendschutz.net in vier von fünf Fällen im Kontakt mit Internetdiensten gelingt, unzulässige rechtsextreme Inhalte auf Websites zu löschen. Schwierig zu kontrollieren und zu löschen sind jedoch die Inhalte auf Videoplattformen und in rechtsextremen Communitys, da diese oft von ausländischen Servern aus arbeiten

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, rief die Netzgemeinde zu sozialer Verantwortung auf. "Wenn Nutzer menschenverachtenden und antidemokratischen Äußerungen widersprechen, kann das Internet sein Potenzial als freiheitliches und demokratisches Medium entfalten", so Krüger.

Auf der Pressekonferenz wurde auch der Video-Clip "Wir sind online. Damit Neonazis offline gehen" bei YouTube, der gemeinsam von jugendschutz.net und der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus entwickelt wurde, präsentiert. Martin Ziegenhagen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. berichtete über die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus: "Es gibt einen hohen Bedarf an niedrigschwelligen Beratungsangeboten. Seit 2008 ist die Zahl unserer Fälle stetig gestiegen."

Thomas Krüger, dessen Haus jugendschutz.net und die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. fördert, betonte abschließend, dass beide Projekte sich sehr gut ergänzen und wichtig seien, um Rechtsextremisten etwas entgegenzusetzen.



Martin Ziegenhagen, Thomas Krüger, und Stefan Glaser, informierten, moderiert von Daniel Kraft (Pressesprecher der Bundeszentrale für politische Bildung), über die Präsenz rechtsextremer Inhalte im Internet und präsentieren Gegenstrategien. Foto: Dennis Riffel

"Freiheit ist nicht nur die Wahl zwischen zwei Turnschuhmarken"

Henning Noske

Joachim Gauck spricht in der Volkswagen-Halle in Braunschweig über Politik, Demokratie und Diktatur

Und dann kommt Gauck. Was er da macht, ist überraschend, berührend, ungeschminkt, vollkommen frei und improvisiert. Er erzählt sein Leben. Er erzählt deutsche Geschichte. Er erzählt Kindergeschichten, gluckst und kreischt, gestikuliert.



Joachim Gauck im Kreis der Veranstalter in der Braunschweiger Volkswagen-Halle, v.l.n.r. Christoph Schmitz (Vorstandsmitglied Braunschweigische Landessparkasse)

Michael Doering (Vorstandsvorsitzender Öffentliche Versicherung Braunschweig)

Armin Maus (Chefredakteur Braunschweiger Zeitung) Christoph Schulz (Vorstandsvorsitzender Braunschweigische Landessparkasse, stelly. Vorstandsvorsitzender NORD/LB Norddeutsche Landesbank)

Dr. h.c. Joachim Gauck

Dr. Gert Hoffmann (Oberbürgermeister Stadt Braunschweig) Dr. Bernd Althusmann (Kultusminister des Landes

Kurt Gliwitzky (Mitglied des Vorstands der Braunschweigischen Landessparkasse). Foto: Janko Woltersmann

Der prominente Redner wird von der Rührung fast übermannt, ihm stockt die Stimme – und auch im Publikum spürt jeder, dass es eine besondere Stunde ist. Es ist die Stunde, in der wir uns über die Freiheit freuen, in der wir sie feiern - ohne Gerede, ohne Drucksen, frei heraus. Freiheit ist Glück. Und es ist jetzt.

Es ist eine Geschichtsstunde, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Joachim Gauck spürt es in dem Moment, als er die Bühne in der Braunschweiger Volkswagen-Halle betritt. Er atmet tief durch, er schluckt, als 6000 Schüler aus 66 Schulklasse der gesamten Braunschweiger Region zu klatschen beginnen. "Ich hab' doch noch gar nichts gesagt."

So etwas hat er auch noch nicht gemacht. Aber was dann kommt, und wie er es sagt und wie es wirkt – das ist ein Lehrstück. Es wird am deutlichsten, als Joachim Gauck, der Pfarrer, der Oppositionelle in der DDR, als er von der ersten freien Wahl seines Lebens erzählt.

Er erzählt es Kindern und Jugendlichen, die Politik möglicherweise nicht so wichtig finden. Sie sind mit Bussen aus dem gesamten Braunschweiger Land gekommen. Sie waren noch nicht geboren, als die Bürger der ehemaligen DDR 1989 die SED-Diktatur beendeten.

Sie kennen die Zeit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren bestenfalls aus guten Erzählungen ihrer Eltern oder Lehrer.

Wie ein Geschichts-Entertainer trifft er exakt den Ton seines jungen Publikums zwischen Pubertät und Politikunterricht, zwischen Auflehnung und Anpassung. Wow!

Er nimmt sie alle an die Hand und nimmt sie mit in eine Diktatur, eine Partei-Diktatur, mit Erich und Margot, Polit-Zombies, bloß schöne Momente gibt's da natürlich auch. Wie schliddert man so rein in eine Diktatur, wie richtet man sich in ihr ein, wird zum Mitläufer, kaum merklich und immer mehr, bis du drin bist und kommst da nicht mehr raus?

Da erzählt er Geschichten vom wahren Leben, von Familien-Idylle und Familien-Zerfall, Marie und Paul, von Familien, in denen sich die Eltern allmählich vor den Kindern verstellen müssen. Das geht alles schleichend. Von Anpassungs-Karrieren, die schon im Kindergarten beginnen, die zu Jung- und Thälmann-Pionieren führen, schließlich in die Freie Deutsche Jugend und die Nationale Volksarmee

Wie ein Psychotherapeut schildert Gauck den Weg in eine fast zwangsläufige Persönlichkeitsspaltung, weil ständig Entscheidungen zu treffen sind, die dem Kalkül und der Nützlichkeit folgen. Mit der Mutti oder der Lehrerin willst du keinen Ärger haben, du willst den Schulabschluss haben, vielleicht studieren, ein Auto, eine Familie.

Du sprichst zwei deutsche Sprachen: eine offizielle und eine inoffizielle. Und Oma schickt aus dem Westen die "Bravo" rüber - und den Katalog vom Otto-Versand, "dem größten Feind des Sozialismus".

Und vor jeder Weichenstellung steht immer eine flaue Entscheidung, ein Zugeständnis, ein Kompromiss, ein Einrichten. "Diktatur kann jeder. Und überall", sagt Gauck. Was wirklich schwer ist, ist sich aufzulehnen, Nachteile in Kauf zu nehmen, sich selbst treu zu bleiben, Das können nur die wenigsten.

Und wie wir schon ahnen, dass Gaucks Botschaft eine der Zivilcourage, des Bürgersinns, des Individualismus, des Gegen-den-Strich-Gehens ist, wenn alle mitmachen – da wird auch klar, dass er das Erwachsenwerden meint, das 6.000 Schüler hier in der Halle umtreibt. "Freiheit, wenn man erwachsen wird, heißt Verantwortung zu übernehmen. Das macht uns zum Bürger – und das wünsche ich Ihnen."

Zum Bürger freilich, der weiß, welche Freiheit er tatsächlich hat. Zum Beispiel die Freiheit der Wahl. Es ist nicht die Wahl in der Diktatur, in der 99 Prozent den Zettel mit dem Wahlvorschlag falten und einwerfen.

In der der Gang zur Wahlkabine, die da hinten nur pro forma steht, zum Horror und Spießrutenlauf wird. Wenn einer wie Gauck mit Tränen in den Augen erzählt, dass er im März 1990 als 50-Jähriger zum ersten Mal eine freie Wahl erlebt hat, wenn er sagt: "Ich werde diesen Augenblick niemals vergessen. Und ich werde niemals auch nur eine

Wahl versäumen. Ich habe zu lange darauf warten müssen." Dann glaubt man dem, dass er Politikverdrossenheit wirklich widerlich findet. Und dass er hier nicht von der Wahl zwischen zwei Turnschumarken spricht, wenngleich auch die eine schöne Sache ist.

Er spricht von Freiheit, die nicht selbstverständlich ist. Sie muss täglich erobert werden. Und man darf auch ein bisschen glücklich sein und feiern, wenn man sie hat.

Der Artikel erschien zuerst in der Braunschweiger Zeitung vom 16. September 2010. Wir danken Henning Noske und der Braunschweiger Zeitung für die Abdruckgenehmigung.

Schülern demokratisches Denkens und demokratische Werte nahe zu bringen, war die Idee der Braunschweigischen Landessparkasse, die zusammen mit der Braunschweiger Zeitung und der Öffentlichen Versicherung Braunschweig Joachim Gauck zu einem Vortrag eingeladen hatte.

Dabei wurden die logistischen Herausforderungen einer Großveranstaltung gemeistert und keine Kosten und Mühen gescheut: rund 6.000 Schüler erhielten freien Eintritt. Noch in einem anderen Punkt erwiesen sich die Veranstalter als großzügig: die weiteren Eintrittsgelder gehen Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. als Spende zu. Ein herzliches Dankeschön dafür!

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bei Facebook

"...wenn Sie mich vor einigen Wochen gefragt hätten, was es mit Facebook, Twitter und anderen Medien auf sich hat, hätte ich kaum etwas antworten können; auch heute gibt es andere Kommunikationsformen, die mir näher stehen.", sagt unser Vorsitzender Joachim Gauck einleitend auf der neuen Facebook-Seite des Vereins.

Trotzdem haben wir uns gemeinsam mit dem Vorsitzenden entschieden, die enorme Unterstützung, die ihm während der Zeit seiner Kandidatur zum Bundespräsidentenamt im Internet zuteil wurde und die beträchtliche Zahl seiner dort versammelten Anhänger, nicht nach der Kandidatur dem Vergessen anheim fallen zu lassen. Es geht dabei natürlich auch darum, für die Unterstützung zu danken, aber hauptsächlich soll die Seite den Menschen auch weiterhin die Gelegenheit geben, an den Aktivitäten von Joachim Gauck teilzuhaben, sich untereinander auszutauschen, Gesagtes zu diskutieren und Geschehenes zu reflektieren. Auch um eigene Themen und Frage-

stellungen einzubringen. Weil es ihnen in den Wochen der Kandidatur eine Herzensangelegenheit geworden ist.

Joachim Gauck wird sich dort auch immer wieder selbst zu Wort melden, von Zeit zu Zeit auch in Form von Videobotschaften Stellung nehmen. Ganz nebenbei erhält man auf der Seite natürlich auch Informationen über seine anstehenden öffentlichen Auftritte und alles Wissenswerte über unsere Vereinigung.

Ein Besuch der Seite lohnt sich. Klicken Sie mal rein!



Der Facebookauftritt von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Bundesweites Gedenkstättenseminar zum historisch-politischen Umgang mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts

Unter dem Motto "Zeitgeschichte und Erinnerung im Wandel. Perspektiven der Erinnerungskulturen 20 Jahre nach der deutschen Einheit" fand vom 16. bis zum 18. September 2010 in Schwerin das 54. bundesweite Gedenkstättenseminar statt, das von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Topographie des Terrors in Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Politische Memoriale e.V. und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wurde. In Schwerin trafen sich an den drei Tagen mehr als 130 Wissenschaftler, Pädagogen und Gedenkstättenmitarbeiter, um sich im 20. Jahr der deutschen Einheit mit den Perspektiven der Erinnerungskulturen in Deutschland und Europa zu beschäftigen. Auf dem Programm stand auch eine Exkursion zum Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen am Schweriner Demmlerplatz auf dem Programm. In dem 1916 eingeweihten Justizgebäude wurden zwischen 1933 und 1945 durch das Sonder- und

Erbgesundheitsgericht Menschen aus politischen, religiösen, sog. rassenhygienischen, erbbiologischen u.a. Gründen verurteilt. Nach 1945 diente es zunächst dem sowjetischen Geheimdienst, bevor es bis 1989 vom Ministerium für Staatssicherheit als Untersuchungshaftanstalt genutzt wurde. Anhand der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit des Dokumentationszentrums wurde der Umgang mit unterschiedlichen Diktaturerfahrungen gezeigt und diskutiert. Weitere Workshops und Vorträge des Seminars beschäftigten sich mit aktuellen Fragestellungen der Erinnerungs- und Geschichtspolitik sowie ihre Auswirkungen auf die historischpolitische Bildung, z.B. mit der Frage der Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft. Vortragende waren u.a. Prof. Dr. Christian Meier von der Ludwigs-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Günther Heydemann, der Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Dresden sowie Prof. Dr. Herfried Münkler von der Humboldt-Universität Berlin.



Besucherinnen und Besucher des Gedenkstättenseminars im Dokumentationszentrum am Demmlerplatz. Foto: Dennis Riffel

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auf dem 48. Deutschen Historikertag in Berlin

Hardy Degner

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. präsentierte sich zwischen dem 28. September und 1. Oktober 2010 mit eigenem Stand auf dem 48. Deutschen Historikertag an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Schirmherr des Kongresses war der Regierende Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit (SPD) und Universitätspräsident Christoph Markschies. Den Festvortrag auf der Eröffnungsfeier am 28. September 2010 hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der Deutsche Historikertag findet alle zwei Jahre statt und stand in diesem Jahr unter dem Motto "Über Grenzen".

Die Veranstalter des Deutschen Historikertages sind der Verband der Historiker und Historikerinnen und der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands. In verschiedenen Sektionen wurden neueste Projekte der geschichtswissenschaftlichen Forschung präsentiert. Mit über 3000 Teilnehmern und mit einem Programm von 300 Vorträgen ist der Deutsche Historikertag einer der größten geisteswissenschaftlichen Kongresse in Europa. Zudem ist der Historikertrag ein Forum für geisteswissenschaftliche Verlage, um ihre neuesten Publikationen und aktuellen Buchprojekte dem Fachpublikum vorzustellen.

Auf dem Kongress präsentierte sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit vielen Büchern, Flyern und Zeitschriften. Auch der theaterpädagogische Koffer "Kinder des Holocaust", der in einem Kooperationsprojekt mit dem Theater der Jungen Welt in Leipzig von den Theaterpädagoginnen Bettina Frank und Helen Lauchhart entwickelt wurde, konnte am Stand näher betrachtet werden und stieß besonders bei Lehrerinnen und Lehrer auf Interesse. Viele Besucherinnen und Besucher fragten aber auch nach der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus und informierten sich über das neueste Projekt von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zur praktischen Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft, das seit Juli diesen Jahres gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt wird.

Hardy Degner studiert Geschichte und Philosophie und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Reges Interesse am Stand von Gegen Vergessen – Für Demokratie. Foto: Dennis Riffel

Interkultureller Tag in Nauen

Lothar Tautz

30 Fragen waren beim Demokratie-Quiz zum "Interkulturellen Tag" in Nauen am 23. Juni zu beantworten. Keine leichte Aufgabe, dennoch beteiligten sich die meisten der rund 350 Jugendlichen, gab es doch eine CD zu gewinnen, auf der unter dem Titel "Respekt" 18 prominente Künstler ihre Songs der Kampagne "Gegen Rechtsextremismus" zu Verfügung gestellt haben. Das passte gut zur Vorstellung der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., die reges Interesse bei den Jugendlichen fand.

Überhaupt war gute Stimmung an diesem Tag und die Jugendlichen aus nahezu einem Dutzend verschiedener Herkunftsländer verstanden sich prächtig bei Sport und Spiel, Gespräch und Musik. Veranstalter waren unsere Vereinigung, die Friedrich-Naumann-Stiftung (Potsdam) und die "Berufliche Schule für Wirtschaft", die inzwischen selbst Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geworden ist.

Lothar Tautz ist Vorstandsmitglied und Sprecher der RAG Sachsen-Anhalt von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Lothar Tautz mit dem Futurebus beim Interkulturen Tag in Nauen. Foto: Johannes Issmer, Friedrich-Naumann-Stiftung

RAG Rhein-MainSchlimmer als Knast

Julia Scheuermann

SchülerInnen im Gespräch mit Stefan Lauter und Grit Poppe



Autorin Grit Poppe und Zeitzeuge Stefan Lauter mit den SchülerInnen der Karl-Rehbein-Schule Hanau.

"Schlimmer als Knast" ist der Titel eines MDR-Dokumentarfilms über die Jugendwerkhöfe in der DDR. In einem solchen saß auch Stefan Lauter unverschuldet ein. Die SchülerInnen der Klassen 9d/9e der Karl-Rehbein-Schule (KRS) Hanau hatten am Dienstag, den 22.06., gemeinsam mit ihren GeschichtslehrerInnen Julia Scheuermann und Stephan Segieth die einmalige Möglichkeit, mit Stefan Lauter über seine Zeit in der DDR zu sprechen. Ermöglicht wurde diese Veranstaltung durch die regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und ihrem Sprecher Andreas Dickerboom sowie finanzieller Unterstützung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Stefan Lauter war es auch, der in dem Dokumentarfilm seine Geschichte erzählt. Er wurde von der DDR-Regierung als Staatsfeind bezeichnet, da er Punk-Musik liebte, frei seine Meinung äußern wollte und die Freiheit des Westens ersehnte. Doch dies widerstrebte dem Idealbild eines angepassten DDR-Bürgers, der für den Sozialismus leben sollte. So wurde Stefan Lauter in verschiedene Jugendwerkhöfe zur "sozialistischen Umerziehung" eingewiesen, bis er schließlich in Torgau landete, dem einzigen geschlossenen Jugendwerkhof, mit unvorstellbaren Quälereien, die an den Kindern und Jugendlichen verübt wurden. Für Stefan Lauter und alle anderen "Insassen" war diese Zeit weitaus schlimmer als Knast. "Als ich fragte, wo ich sei, schlug mir ein Wärter seinen Schlüsselbund ins Gesicht. Ich wurde drei Tage in die verdunkelte Arrestzelle gesteckt. Solch ein Schock weckte bei jedem die Bereitschaft zur "Umerziehung"", so Stefan Lauter über seine ersten Tage in Torgau.

Vergitterte Fenster, Sichtblenden, Einzelhaft für Aufsässige, körperliche Gewalt oder Essensentzug waren alltägliche Strafen in Torgau.

Torgau war der Extremfall. So versuchten sich zahlreiche Insassen das Leben zu nehmen um dieser Grausamkeit zu entfliehen.

Schilderungen der schrecklichen persönlichen Erlebnisse von Stefan Lauter bewegten die Schüler sichtlich, die von seinem Schicksal sehr betroffen waren. Gleichzeitig bewunderten sie es, wie offen er mit seiner Vergangenheit umging, auch und vor allem weil es für ihn selbst ein langer Weg des Leidens war, den er gehen musste, bis er so offen über seine Vergangenheit berichten konnte.

Die Lebensgeschichte von Stefan Lauter spiegelt sich auch in dem Jugendro-

man "Weggesperrt" von Grit Poppe wieder, die im Rahmen der Veranstaltung an der KRS aus ihrem Buch las. Die Protagonistin dieses Romans, Anja, ist eine fiktive Person und ihre Geschichte und die handelnden Personen frei erfunden. Doch Stefan Lauter sagt zu diesem Roman: "Das einzige was mich an diesem Roman stört ist, dass ich Anja heiße.". Daran erkennt man, wie authentisch dieser Roman geschrieben wurde und dass er auf dem Bericht von Stefan Lauter und anderen Zeitzeugen beruht.

"Das war Geschichte, die betroffen macht und die unter die Haut geht", stellten die Schüler der Karl-Rehbein-Schule nach dieser Veranstaltung tief bewegt fest.

Julia Scheuermann ist Geschichtslehrerin am Karl-Rehbein-Gymnasium in Hanau und Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen Im Namen der Toten.

Im Namen der Toten. Gedenktafel für die in Reutlingen begrabenen KZ-Opfer

Matthias Stelzer

Es hat unerklärlich lange gedauert, ist 65 Jahre nach Kriegsende aber doch noch wahr geworden: Seit dem 7. Juni wird auf dem Friedhof Unter den Linden der dort begrabenen KZ-Opfern offiziell und namentlich gedacht.

Reutlingen. Es war eine schlichte Feier, die beinahe im Lärm des Verkehrs auf der Rommelsbacher Straße untergegangenen wäre. Ohne Lautsprecheranlage mussten die Angehörigen, die Gedenk-Aktivisten der Vereinigung Gegen Vergessen – für Demokratie und auch Oberbürgermeisterin Barbara Bosch gestern auskommen.

Dabei war es für die Stadt Reutlingen immerhin ein historischer Moment. Nach langen Jahren des – mehr oder minder bewussten – Vergessens und unerfreulichen Diskussionen über die Notwendigkeit des Gedenkens Anfang der 90er Jahre, hat die Stadt den 128 hier begrabenen KZ-Opfern endlich Namen gegeben. Vor dem 1952 von Richard Raach geschaffenen Sandstein-Sarkophag erinnert jetzt eine 80 Zentimeter breite Namenstafel an die Opfer aus 15 Nationen, die zwischen Oktober 1944 und Januar 1945 im Reutlinger Krematorium eingeäschert wurden.

Auslöser für die späte Nachbesserung waren letztlich die Recherchen und Interventionen der Aktivist(inn)en von Gegen Vergessen – für Demokratie, die über Jahre für die Errichtung einer KZ-Gedenkstätte im Gäu kämpften. 99 der in Reutlingen begrabenen Männer wurden in dem KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen zu Tode geschunden, an das seit dem 06. Juni 2010 erinnert wird.



Mahnmal und Namenstafel im Reutlinger Friedhof Unter den Linden Hinten von links: Harald Roth, Volker Mall, Leo A. de Wolf (NL), Marga Griesbach (USA), OB Barbara Bosch, Robert Wald (Montpellier), Patrick Uitz (Wiesbaden) Vorne: Hans van Straten und Joop Koekkoek (beide NL). Foto: Horst Haas

Zur Friedhofs-Feierstunde, die mit jiddischer Musik von Volker Mall und Helmut Vogel umrahmt wurde, waren die Angehörigen deshalb direkt von der Eröffnung der Gäu-Gedenkstätte gekommen. Einige von ihnen standen nicht zum ersten Mal vor dem Sarkophag und brachten nochmals ihre Erleichterung zum Ausdruck, dass am Grab ihrer Eltern und Großeltern nun endlich auch deren Namen zu lesen sind.

Marga Griesbach, die Tochter des ersten Hailfinger Lager-Opfers Max Steinhardt, die Jahrzehnte lang nach dem Grab ihres Vaters gesucht hatte und dann vor etwa zwei Jahren per Mail aus dem Gäu erfuhr, dass es in Reutlingen ist, bedankte sich bei der Stadtverwaltung: "Das ist erlösend für mich, ist ein Abschluss." Wie auch andere Angehörige machte die 83-Jährige allerdings keinen Hehl daraus, dass es Zeit für eine Namenstafel wurde. Joop Koekkoek, der von den Gedenkstätten-Aktivist(inn)en erst im letzten Jahr erfahren hatte, dass sein Vater in Reutlingen begraben ist, beschrieb seinen ersten Besuch auf dem Friedhof so: "Ich wunderte mich, überall haben Namen gestanden, nur am Grab meines Vaters nicht"

OB Barbara Bosch versicherte den Angehörigen: "Dass Sie hier am Grabmal die Namen der Verstorbenen vorfinden möchten, ist ein menschlich nur allzu verständliches Anliegen. Trauer braucht ihren Ort, und sie hat auch einen Anspruch darauf." Allen, die sich in "der jüngeren Vergangenheit für die Anbringung einer solchen Namenstafel" eingesetzt haben, sprach die OB "Dank und Respekt" aus.

Dieser Artikel erschien zuerst am 8. Juni 2010 im Schwäbischen Tagblatt. Wir danken für die freundliche Abrduckgenehmigung.

RAG Baden-Württemberg

Denkmal zur Herstellung der Würde von Czeslaw Trzcinski

Hans A. Graef

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hatte zu einer Gedenkveranstaltung für den von der Gestapo ermordeten polnischen Zwangsarbeiter Czeslaw Trzcinski (1907–1942) nach Bretzfeld eingeladen. Der Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe, Dr. Alfred Geisel, ehemaliger Vizepräsident des Landtags von Baden-Württemberg, begrüßte die Gäste, darunter die Vertreter der beiden Kirchen herzlich und forderte von der Gemeinde, zur Erinnerung an den in Rappach am 11. November 1942 qualvoll Ermordeten eine Gedenktafel aufzustellen. Dies sei für die polnischen Angehörigen ebenso wichtig wie für das demokratische Europa, denn so könne dieser Teil der lokalen Vergangenheit endlich bewältigt und die Würde und Ehre dieses NS-Opfers nach 68 Jahren wieder hergestellt werden.

Dies wird von dessen Tochter Irina Maria Baran, die erst 2003 durch die Nachforschungen unseres Vereinsmitglieds Udo Grausam genaue Kenntnisse über den Tod ihres verstorbenen Vaters erhielt, sehr unterstützt, wie sie auch bei einem Besuch in Bretzfeld betonte. Ob er nun wegen des rassistischen Vorwurfs des "Volksschädlings" oder wegen der NS-Parole "Blutschande"



Udo Grausam und Alfred Geisel am Gedenkort für Czeslaw Trzcinski.

ermordet wurde, spiele keine Rolle – entscheidend sei, dass Bretzfeld wie viele andere Kommunen im Lande sechs Jahre nach dem Bekanntwerden durch ein kleines Denkmal oder ein Straßenschild an dieses NS-Opfer erinnere. Dabei gehe es nicht um Schuld, sondern um eine Mahnung, diesen unmenschlichen Akt durch ein sichtbares Zeichen dem Schlund des Verdrängens und Vergessens zu entreißen und zum Teil der gemeinsamen deutschpolnischen Geschichte im vereinten Europa zu machen. Dr. Geisel appellierte erneut an die Gemeinde, der Verantwortung der Nachgeborenen für unsere Geschichte im Sinne der Versöhnung gerecht zu werden.

Er dankte der Familie Grausam für deren Zivilcourage und die Möglichkeit, die Gedenkstele zunächst auf deren Privatgrund aufzustellen. In seinem Beitrag erläuterte Udo Grausam die neuesten Forschungsergebnisse im Zusammenhang mit diesem Gestapo-Mord. Er äußerte die Hoffnung, bis zum 70. Todestag Trzcinskis im Jahre 2012 diese Trauerarbeit abzuschließen und die guten Beziehungen zur Familie Baran in eine kommunale freundschaftliche Partnerschaft zu verwandeln, zumal der Enkel Stadtpräsident von Bedzin (bei Katowice) ist. Grausam drückte zum Schluss die Hoffnung aus, dass ein Umdenken der Gemeinderäte und von Bürgermeister Föhl möglich sei und regte an, dass dieser Teil der Ortsgeschichte Gegenstand des Unterrichts im Bildungszentrum sein könnte.

Die Veranstaltung wurde von dem renommierten Haller Klarinettisten Hans Kumpf sehr würdig musikalisch umrahmt, der mit melancholischen und empathischen Motiven aus zwei Präludien und dem Trauermarsch von Chopin, dem Kirchenlied "Oh Haupt voll Blut und Wunden", dem philosophischen Folksong "Blowing in the Wind" sowie dem polnischen Tanzlied vom Hahn Krakowiak die Gefühle bei dieser Gedenkveranstaltung ausdrückte.

Hans A. Graef ist freier Journalist in Bretzfeld.



RAG-Sprecher Alfred Geisel bei seiner Ansprache in Bretzfeld. Fotos: Hans Kumpf

RAG Hannover

"Der Nationalsozialismus und die Gegenwart" Wissenschaftliches Symposium aus Anlass des 70. Geburtstags von Wilfried Wiedemann

Joachim Perels und Albrecht Pohle



Wilfried Wiedemann während des Symposiums anlässlich seines 70. Geburtstages. Foto:

Am Sonnabend, den 2. veranstaltete Oktober. Regionale Arbeitsgruppe Hannover-Braunschweig ein ganztägiges öffentliches Symposium mit dem Thema "Der Nationalsozialismus und die Gegenwart". Mehr als 90 TeilnehmerInnen besuchten die Tagung. Anlass war der 70. Geburtstag von Wilfried Wiedemann, dem langjährigen Sprecher der RAG Hannover und früherem Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.

Die Veranstaltung hatte ein festliches Ambiente. Der Sparkassenverband Niedersachsen stellte freundlicherweise sein Foyer und zwei anschließende Tagungsräume samt Tagungstechnik zur Verfügung. Darüber hinaus sorgte er für eine großzügige Bewirtung aller Teilnehmer.

Bernd Busemann, der niedersächsische Justizminister, und Joachim Gauck, der Bundesvorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie, hatten Grüße übermittelt, aber wegen anderer Termine abgesagt.

Zur Eröffnung sprach Prof. Dr. Bernd Faulenbach von der Universität Bochum, der stellvertretende Bundesvorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie und zugleich Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD. Er würdigte die Lebensleistung von Wiedemann und ordnete sie in die gesellschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik seit 1969/70 ein, die nach Jahrzehnten des Verdrängens der Erinnerung an die NS-Verbrechen zu neuen Impulsen auch in der Erinnerungskultur geführt hatte. Wiedemann war seit 1970 Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung, zunächst Filmreferent, später als Referent und Referatsleiter für die Gedenkstätten in Niedersachsen

zuständig. Zweimal war er federführend am Ausbau der Gedenkstätte Bergen-Belsen beteiligt, der in den Jahren 1986 bis 1990 und dann noch einmal 1999 bis 2007 politisch und finanziell möglich wurde. Seit 1990 förderte Niedersachsen als erstes Land in Deutschland zahlreiche kommunale und regionale Initiativen zur Gedenkkultur, und zwar finanziell und durch fachliche Beratung, insbesondere das Dokumentations- und Informationszentrum zu den Emslandlagern in Papenburg, die KZ-Gedenkstätte Moringen, die Gedenkstätte Salzgitter-Drütte, die Gedenkstätte Lager Sandbostel, die Gedenkstätten für die Euthanasie-Morde in Oldenburg-Wehnen und Lüneburg, Gedenkstätte Pulverfabrik Liebenau, die Gedenkstätte Augusta-Schacht in Ohrbeck bei Osnabrück u.a. Auch dies gehörte zu den Aufgaben von Herrn Wiedemann.

Führend beteiligt war Wiedemann zusammen mit Dr. Helmut Kramer, Richter a.D. am OLG Braunschweig, Prof. Herbert Obenaus, Hannover, und Prof. Joachim Perels, Hannover, am Aufbau der Gedenkstätte "Justiz und Strafvollzug im Dritten Reich" in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel in den Jahren 1996 bis 1999. Die Aufgabe, eine Gedenkstätte für NS-Verbrechen innerhalb eines großen Gefängnisses mit laufendem Betrieb einzurichten, war eine besondere Herausforderung. Die Ausstellung wurde 2002 auf Bitten des Justizministers kopiert und in den großen Justizgebäuden Niedersachsens als Wanderausstellung gezeigt, jeweils ergänzt um lokale Beispiele der NS-Justiz.



Die Gedenkstätte Bergen-Belsen, an deren Ausbau Wilfried Wiedemann federführend beteiligt war. Foto: Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

Ein besonders wichtiger Aspekt des Wirkens von Wiedemann war das Herstellen von Kontakten zu den nationalen Verbänden der Überlebenden von Bergen-Belsen und Wolfenbüttel in Israel, den USA, Kanada, Frankreich, Ungarn, Polen, Russland u.a. und zu zahlreichen Einzelpersonen, die bis dahin in Niedersachsen keinen Ansprechpartner gefunden bzw. ihn auch nicht gesucht hatten. Über fast drei Jahrzehnte war Wiedemann, der dabei seine Familie häufig einbezog, die verlässliche Bezugsperson für diesen Personenkreis. Das führte dazu, dass viele Überlebende Vertrauen fassten und ihre Tagebücher, ihre Zeichnungen, ihre Häftlingskleidung und andere Erinnerungsstücke der Gedenkstätte Bergen-Belsen übergaben und schließlich auch bereit waren, vor der Videokamera über ihr Schicksal zu berichten. Im Archiv der Gedenkstätte liegen rund 400 lebensgeschichtliche Interviews, von denen Auszügen in der Dauerausstellung gezeigt werden.

Prof. Faulenbach hob hervor, dass Wiedemann über die Pensionierung hinaus bis zu Eröffnung des neuen Dokumentationszentrum Bergen-Belsen im Oktober 2007 tätig war und auch jetzt noch beim Aufbau der Gedenkstätte KZ Esterwegen mitwirkt. Sein Fazit: In der deutschen Gedenkkultur sei bis heute viel erreicht worden. Nun stehe der Abschied von den Zeitzeugen bevor. Anders als Jan Assmann es sich vorstelle, gebe es nicht ein Nacheinander von kommunikativer Erinnerung und öffentlicher Erinnerungskultur, sondern ein Nebeneinander. Man müsse sich neuen Themen zuwenden, z.B. dem kommunistischen Widerstand und den kommunistischen Verbrechen. Und es werde Veränderungen geben; die bisher sehr national ausgerichteten Erinnerungskulturen in Europa würden sich allmählich in eine transnationale, europäische Kultur verwandeln.

Anschließend sprach Privatdozentin Dr. Irmtrud Wojak, Direktorin des NS-Dokumentationszentrums München, über den "Umgang mit dem Nationalsozialismus heute". Sie berichtete auch über den Stand der Planung für das NS-Dokumentationszentrum am Königsplatz in München, das 2014 fertig gestellt sein soll. Ihren Vortrag schloss Frau Wojak mit dem Gedanken, der Nationalsozialismus fordere immer erneut zur Auseinandersetzung heraus und fordere auch zur Selbstreflexion auf.

Nach der Mittagspause sprach Prof. Herbert Obenaus, Universität Hannover, über "die Gedenkstätte Bergen-Belsen und ihre bisherige Geschichte". Dieser Vortrag war eine Ergänzung des Beitrags von Prof. Faulenbach. Obenaus zeichnete die Entwicklung seit 1952, als die Briten die Zuständigkeit für den historischen Gedenkort an die Bundesrepublik abgaben, bis zur Gegenwart nach. In der Diskussion wies Prof. Rolf Wernstedt, ehemaliger Kultusminister und Landtagspräsident, darauf hin, dass die Entschließung des Landtags zum Ausbau von Bergen-Belsen 1985 einstimmig angenommen worden war und eine Reaktion auf den Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan bedeutete.

Prof. Joachim Wolschke-Bulmahn, Direktor des Instituts für Gartenkunst und Landschaftsgestaltung der Universität Hannover, sprach über die Gestaltungspläne für Bergen-Belsen im Herbst und Winter 1945, die noch stark von den ästhetischen Vorstel-

lungen der NS-Führungselite geprägt waren. Mit weiteren Beispielen (Esterwegen und Falstad in Norwegen) veranschaulichte Wolschke-Bulmahn den Zusammenhang von Landschaftsgestaltung und Erinnerungskultur bis in die Gegenwart.

Prof. Rainer Schulze, Inhaber eines Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der University of Essex, sprach über die Befreiung des KZ Bergen-Belsen durch die Britische Armee und die Reaktion der deutschen und der britischen Bevölkerung. Prof. Schulze berichtete von den Kommentaren deutscher Anwohner aus der Nachbarschaft des Lagers, die er in den Akten des Imperial War Museums in London gefunden hatte. Diese erwachsenen Anwohner blieben ganz überwiegend bei ihren antisemitischen Vorurteilen und waren bemüht, die Fotos und Filme, die bei der Befreieung des Lagers gemacht wurden, umzudeuten und passend zu machen. Auch die Britischen Behörden hatten Schwierigkeiten mit diesen Bildern, die sie, auf Schonung bedacht, nur sukzessive der eigenen Bevölkerung zumuten wollten.

Dr. Sebastian Weitkamp, Mitarbeiter der Stiftung KZ Esterwegen, sprach über seine Forschungen zum Anteil des Auswärtigen Amtes an der Ermordung der europäischen Juden. Er verdeutlichte die Beteiligung am Beispiel von zwei Personen, an Horst Wagner, dem Leiter der Referatsgruppe Inland II, und dessen Stellvertreter, Eberhard von Thadden, dem Leiter des Judenreferats im AA. Während Wagner ein ungebildeter SS-Aufsteiger war, hatte von Thadden als promovierter Jurist die klassische Diplomatenkarriere durchlaufen, seinen Antisemitismus aber wohl bereits in der Studienzeit verfestigt. Beide überlebten das Kriegsende und wurden in der Bundesrepublik nicht ernsthaft verfolgt. Im Gegenteil, von Thadden machte in der westdeutschen Industrie noch Karriere.

Den Schlussbeitrag der Veranstaltung leistete Prof. Joachim Perels, Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Er sprach über Probleme der Behandlung des Nationalsozialismus im Unterricht und referierte dazu einige empirische Befunde zur Wirksamkeit des Geschichtsunterrichts. An der lebhaften Diskussion beteiligte sich u.a. Prof. Wolfgang Jacobmeyer, Universität Münster, der als Nachfolger von Jeismann den dortigen Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte innehatte. Rasch wurde deutlich: Die Frage, wie man der heutigen Jugend den Nationalsozialismus vermitteln kann, erfordert eine eigene Tagung.

Prof. Dr. jur. Joachim Perels, jetzt pensioniert, lehrte am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover und ist Sprecher der RAG Hannover.

Albrecht Pohle, Leitender Ministerialrat a.D., war als Referatsleiter im Nieders. Kultusministerium u.a. für die Förderung der Gedenkstätten zuständig. Er ist Sprecher der RAG Hannover.

RAG Rhein-Ruhr West www.fest-derfreiheit.de

Die Website der RAG Rhein-Ruhr West

Wolfgang Braun

* 1829 in Liblar +1906 in New York

Lieder 1848/1849

Gottfried Könzgen

Gedanken von Karl Marx zu verdeutlichen: Jede Generation trägt die Last des Erbes ihrer Vorfahren – aber sie steht auch auf den Schultern ihrer Vorgänger.

Aus diesem Grunde wurde ein Jahresprogramm mit fünf Gedenktagen als ständige Veranstaltungstermine entwickelt. Es berücksichtigt beide Aufgaben und verdeutlicht zugleich, welches positive Erbe wieder verspielt werden könnte:

- der 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozia-
- der 9. Mai als gemeinsamer europäischer Feiertag,
- der 23. Mai als Verfassungstag,
- der 17. Juni zum Gedenken an die Freiheits- und Arbeiterbewegungen Osteuropas,
- der 10. Dezember, der UN-Menschenrechtstag.

Für jeden dieser Gedenktage wurde ein eigenständiges und gesondertes Veranstaltungskonzept entwickelt und, wenn möglich, im Rahmen von breit angelegten Veranstaltergemeinschaften umgesetzt. Dieses Jahr schließt sich der Kreis: Erstmals wird eine Ver-

> anstaltung zum 10. Dezember durchgeführt werden.

> "Fest der Freiheit" ist das Konzept für den 23. Mai, den Tag der Inkraftsetzung des Grundgesetzes und Verfassungstag der Bundesrepublik Deutschland. 2007 wurde ein erstes Mal die Umsetzung des Konzeptes erprobt, 2009 gelang es dann, das Fest in der gewünschten Form, mit der erhofften Resonanz und dem beabsichtigten Erfolg zu realisieren. Dies war der Anlass für den Aufbau der Website: Auf ihr wird das erwähnte "positive Gedenken" in den Vordergrund gestellt – aber im Rahmen des verfolgten Gesamtkonzeptes. Die zweite Website wird den Kernbereich der eigenen Aufgabenstellung dokumentieren und illustrieren: Erinnern und Begreifen!

Startseite Fest der Freiheit Die Gedenktage Die Träger Links Archiv Kontakt 2. November 201019. Oktober 2010 Fest der Freiheit zum Verfassungstag diese Veranstaltung wurde in Duisburg nun schon zweimal durchgeführt und soll in Zukunft j\u00e4hrlich stattfinden. Mit dem Fest soll eine L\u00fccke gef\u00fclit werden, die es in Deutschland gibt. Aber, wenn man sich umschaut, auch fast nur in Deutschland. Zusammengefa\u00e5t wurden die Absichten in wenigen S\u00e4tzen.

Diese Seite soll vorrangig nicht für die nun folgenden Veranstaltungen werben, diese Seite soll erst einmal für die Idee werben. Die Idee ist nicht bloß, am 23. Mai ein Fest zu organisieren, die Idee geht weiter: Ein Fest von Bürgern für Bürger zu organisieren. Gedacht ist nicht an eine Konsumsause, finanziert vom Staat für den Bürger, also keine Neuauflage des ewig-alten Liedes "Brot und Spieler". Gedacht ist an etwas anderes: Der mündige Staatsbürger weiß um die Bedeutung seiner Freiheitsordnung, er wird selber tätig. Daher: Ein Fest von Bürgern für Bürgern. Ehrenamtlich

Dafür soll geworben werden. Und die Bedeutung dieser Idee läßt sich schneil verdeutlichen. Größere Volksfeste kosten Bund oder Länder schneil einmal 2,5 Millionen €. Unsere Kalkulationen zugrundegelegt, ließen sich mit diesem Betrag unter Berücksichtigung der örtlichen Eigenbeiträge fast 2000 kielnere Veranstaltungen in Stadtteilen, Kleinstädten und Dörfern organisieren. Konzentriert auf die problematischen Bereiche, durchgeführt mit Unterstützung aller demokratischen Kräfte ließe sich eine machtvolle Gegenbewegung gegen antidemokratische Kräfte schaffen. Mit wenig Geld und mit wenig Aufwand, aber mit

Allen Beteiligten würde dann auch schnell klar: Das Fest ist nur die Spitze des Eisberges. Die Vorarbeiter alleine schaffen Gegengewichte, die Vorarbeiten tragen schon zum Erfolg bei.

So ist die Selte gestaltet. Und um anderen den Weg zu erleichtern, helfen, ihnen die Umwege zu ersparen, die wir vielfach gehen mußten, werden wir in den nächsten Monaten auch die erforderlichen Organisationsmittel

Die Seite der RAG Rhein-Ruhr West

Im Oktober letzten Jahres wurde die Website der RAG Rhein-Ruhr West freigeschaltet. Die erste von insgesamt zwei geplanten. Die zweite ist in Vorbereitung und soll im Laufe des nächsten Jahres unter der Adresse www.erinnern-und-begreifen.de zugänglich gemacht werden. Um dieses Konzept hinter den Websites verständlich zu machen, sind einige wenige Worte zu der seit 10 Jahren verfolgten Arbeitsanlage der RAG erforderlich.

Von Beginn herrschte in der RAG Einmütigkeit darüber, dass neben das "negative Gedenken" auch ein "positives" zu treten habe, nicht nur der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken oder auch der menschliche "Preis", den die bolschewistischen Diktaturen forderten, in Erinnerung zu halten sei, sondern auch die seit 1945 geschaffenen Fortschritte zu bewahren und zu würdigen sind. Um es mit einem

Nicht nur, weil die Menüführung äußerst übersichtlich, nicht nur, weil eine inhaltliche Besprechung der Seite noch folgen wird, sondern auch um den Lesern nicht die Entdeckerfreude zu entnehmen, sei hier auf weitere Erläuterungen zur Seite selbst verzichtet. Mit einer Ausnahme: Unter der Rubrik Archiv findet sich eine sorgfältige Dokumentation der bisherigen Arbeit der RAG mit vielfach unbekannten Aktivitäten.

Wolfgang Braun ist Sozialwissenschaftler und stellvertretender Sprecher der RAG Rhein-Ruhr West.

Bundesverdienstkreuz für Alfons Kenkmann



Alfons Kenkmann und OB Markus Lewe bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes. Foto: Stefan Querl

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., wurde am 23. August 2010 in Münster das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Der Münsteraner Oberbürgermeister Markus Lewe überreichte dem Geschichtsdidaktiker die hohe Auszeichnung, die seinen langjährigen Einsatz für die Aufarbeitung der NS-Diktatur würdigt.

Neben seiner Lehrtätigkeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster engagierte sich Kenkmann seit 1995 für die Einrichtung eines Gedenk- und Lernortes in der "Villa ten Hompel" in Münster, dem früheren Dienstsitz des Befehlshabers der regionalen Ordnungspolizei im Dritten Reich. Als dortiger Geschäftsführer schuf Kenkmann einen Ort der Erinnerung, der historischen Forschung und der politischen Bildung".

Neben seiner seit 2003 ausgeübten Tätigkeit als Professor für Geschichtsdidaktik am Historischen Seminar der Fakultät für Geschichte, Kunst und Orientwissenschaften der Universität Leipzig fungiert der Gewürdigte als Vorsitzender des Arbeitskreises für NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen und als ehrenamtlicher wissenschaftlicher Berater verschiedener Institutionen. Kenkmann ist Mitherausgeber der von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit der Universität Leipzig und dem Jüdischen Historischen Institut Warschau im Berliner Metropol Verlag veröffentlichten Quellenedition "Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944–1948".

Medaille "München leuchtet" für Helga König

Margrit Grubmüller

Mit der Medaille "München leuchtet" in Silber wurde Helga König ausgezeichnet, Mitglied der Münchner Regionalgruppe von Gegen Vergessen – für Demokratie. Die Stadt würdigte mit der Ehrung das umfassende soziale, ökumenische und gesellschaftspolitische Engagement von Helga König, das im Dialog der Religionen ebenso seinen Ausdruck findet wie in der Erinnerungsarbeit. Besonderes Gewicht kommt dabei der Verantwortung zu, die sie seit über zehn Jahren für die "Namenslesung" übernommen hat, die Gegen Vergessen – Für Demokratie alljährlich in München durchführt.

Mit einer antisemitischen Hetzrede im Alten Rathaus in München gab Reichspropagandaminister Goebbels am 9. November 1938 den Anstoß zur so genannten "Reichskristallnacht". Über-



Während der Ehrung: Münchens Bürgermeisterin Chrisine Stronl mit Helga König. Foto: Margrit Grubmüller

all in Deutschland wurden Menschen verhaftet, weil sie Juden waren. Synagogen wurden zerstört, jüdische Friedhöfe verwüstet. Mit der Lesung der Namen soll an alle Münchner Juden erinnert werden, die in der Nazi-Zeit verfolgt, deportiert und ermordet oder in den Suizid getrieben wurden. In diesem Jahr sollen die Namen der 1039 jüdischen Männer aus München gelesen werden, die in und nach der Pogromnacht als "Akti-

onshäftlinge" nach Dachau verschleppt und dort für Wochen und Monate inhaftiert und misshandelt wurden. Einige wurden ermordet oder starben an den Folgen der KZ-Haft.

Die Regionalgruppe freut sich mit Helga König über die Auszeichnung und gratuliert herzlich zu dieser hoch verdienten Anerkennung!

Margrit Grubmüller war Direktorin der Akademie Frankenwarte und ist Mitglied von Gegen-Vergessen – Für Demokratie e.V.

Herbert Westenburger erhält das Bundesverdienstkreuz am Bande

Andreas Dickerboom



Der hessische Justizminister Jörg-Uwe Hahn überreicht Herbert Westenburger das Bundesverdienstkreuz am Bande. Foto: privat

Der Hessische Justizminister, Jörg-Uwe Hahn, überreichte am 25. August in Wiesbaden das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an unser Mitglied Herbert Westenburger. Er würdigte das unermüdliche Engagement des Geehrten seit dem Kriegsende bis heute in der freien Jugendarbeit. "Seit vielen Jahren berichten Sie als Zeitzeuge vor Schulklassen und Studierenden in fesselnden Vorträgen über Ihre Auseinandersetzungen mit dem NS-Staat und geben Ihre damit verbundenen Erinnerungen als Mahnung weiter. Ich freue mich sehr, dass ich Sie heute für Ihr herausragendes Wirken mit dem Bundesverdienstkreuz auszeichnen darf", betonte Justizminister Jörg-Uwe Hahn.

Seit vielen Jahren berichtet Herbert (Berry) Westenburger in Frankfurt und Umgebung von seinen Erlebnissen während der Zeit des Nationalsozialismus. Seine Mutter wurde als "Halbjüdin" in Auschwitz umgebracht. Der heute 90jährige schildert in seinen Jugend-

erinnerungen "Wir pfeifen auf den ganzen Schwindel", wie eine Gruppe von Freunden während der NS-Zeit trotz Haft und Gestapoterror in der Wanderbewegung der "Bündischen Jugend" ihre Ideale weiterverfolgte. Nach dem Krieg baute er zusammen mit seinen Freunden die "Hessische Jungenschaft" auf. Für seinen standhaften Widerstand wurde Westenburger nach dem Krieg durch die Stadt Frankfurt mit der Johanna-Kirchner-Medaille ausgezeichnet.

Herbert Westenburgers bewegtes Leben ist auch Bestandteil der "Bibliothek der Alten" des Historischen Museums Frankfurt. Mit der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. führt er regelmäßig Lesungen durch.

Andreas Dickerboom ist Sprecher der RAG Rhein-Main.

Die Opfer beim Namen nennen

Karl-Rehbein-Schüler gedenken der ermordeten Hanauer Jüdinnen und Juden

Julia Scheuermann

Unser ehemaliger Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unsere Verantwortung für die Vergangenheit wie folgt beschrieben:

"Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird."

Aus diesem Grund erinnerten und gedachten die Schülerinnen und Schüler der Karl-Rehbein-Schule Hanau am 30. Mai 2010 der während der NS-Zeit verschleppten und ermordeten Hanauer Jüdinnen und Juden.

"230 Kinder, Frauen und Männer unserer Stadt, die sterben mussten, nur weil sie Juden waren," so Julia Scheuermann (Geschichtslehrerin der Klasse 9d) in ihren einleitenden Worten zur Verlesung der Namen.

Insgesamt 15 SchülerInnen der Karl-Rehbein-Schule – 12 aus der 9d und 3 aus der 9e – verlasen 230 Namen von ermordeten Hanauer Juden. Diese Biografien finden sich nun auf Gedenktafeln an der ehemaligen Ghettomauer. Dieser Gedenkort wurde im Beisein der Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, und von Nachfahren einiger der Opfer feierlich eingeweiht.

Die SchülerInnen verlasen die Namen in einer für diese Veranstaltung würdigen Weise und brachten damit zugleich ihre Betroffenheit über das Schicksal der jüdischen Bürger Hanaus im Dritten Reich zum Ausdruck. Mit ihrem Auftritt beeindruckten sie auch Claus Kaminsky, Oberbürgermeister der Stadt Hanau, und insbesondere Frau Dr. Charlotte Knobloch, Vorsitzende des Zentralrats der Juden. Beide sind nach der Veranstaltung auf die Schüler/innen zugegangen und haben ihren Dank zum Ausdruck gebracht.

Diese Veranstaltung hat gezeigt, dass vor allem die Jugend gefordert ist, aus der schrecklichen Vergangenheit zu lernen. Sie müssen für ihre demokratischen Werte und Ideale friedlich eintreten und diese verteidigen. Eine Diktatur wie in den Jahren 1933-1945 darf es in Deutschland nie wieder geben – und hierfür trägt die Jugend eine große Mitverantwortung. Die Schüler/innen der Karl-Rehbein-Schule zeigten durch ihre Teilnahme an der Gestaltung dieser Veranstaltung in besonderer Weise, dass sie sich ihrer Verantwortung für unsere Zukunft bewusst sind. Man muss an die Opfer der NS-Schreckensherrschaft erinnern um damit gleichzeitig vor einer neuen Diktatur zu warnen und diese zu verhindern.



Die Namenstafeln an der ehemaligen Ghettomauer am Freiheitsplatz erinnern an die 230 ermordeten Hanauer Jüdinnen und Juden. Foto: Christian Dauber



Dr. Charlotte Knobloch, Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, im Gespräch mit Schülerinnen der Klasse 9d.



Schülerinnen und Schüler lesen die Namen der 230 ermordeten Hanauer Juden. Fotos: Christian Dauber

Julia Scheuermann ist Geschichtslehrerin am Karl-Rehbein-Gymnasium in Hanau und Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Am 12. November 2010 wird in Schwandorf (Bayern) die Ausstellung "Schwandorf und das Städtedreieck unterm Hakenkreuz – NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum" eröffnet.

Schüler des Beruflichen Schulzentrums Oskar-von-Miller haben in den vergangenen Monaten die Archive nach Unterlagen zum Zwangsarbeitereinsatz in Schwandorf durchforstet und diese unter Begleitung der Projektgruppe "Zwangsarbeit" e. V. und ihres Historikerbeirats für die Ausstellung ausgewertet. Gemeinsam mit Schülern des tschechischen Gymnasiums in Sokolov, der Partnerstadt Schwandorfs, interviewten sie deutsche, tschechische und polnische Zeitzeugen und machten sich auf Spurensuche nach der NS-Erinnerungskultur in dieser Grenzregion. Die Ergebnisse ihrer Arbeit werden ab dem 12. November in Schwandorf zu sehen sein.

Der Anlass dieses aufwändigen Schülerprojekts: In der Region Schwandorf wird der als NS-Kriegsverbrecher verurteilte Großindustrielle Friedrich Flick noch heute mit nach ihm benannten Straßen geehrt. Der Flick-Konzern besaß in den 30er und 40er Jahren in der Gegend mehrer Werke, in denen auch Munition hergestellt wurde. Noch heute empfinden die Menschen vor Ort dem Firmenpatriarchen Flick gegenüber Dankbarkeit. Er habe schließlich Arbeitsplätze, Wohnungen und damit soziale Sicherheit geschaffen. Wie Friedrich Flick zu seinem Wohlstand kam, vor allem aber der massenhafte Einsatz von Zwangsarbeitern in der Region, ist hingegen weitgehend unbekannt. Grund genug für die Schüler, sich an

die Aufarbeitung der NS-Geschichte im Landkreis Schwandorf zu machen. Partner des Seminar- und Ausstellungsprojekts sind u. a. die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds, die EU und der Landkreis Schwandorf.



Der ehemalige Zwangsarbeiter Marian Wroblewski wird vom Schüler Florian Seitz interviewt. Foto: Projektgruppe "Zwangsarbeit"

Bauernkapelle

Reinhard Baumann

Die "Bauernkapelle" in Kleinkitzighofen (Bayern, Kreis Ostallgäu) erinnert an 150 von bayerischer Adels- und Soldreiterei im Bauernkrieg am 10. März 1525 niedergemetzelte Bauern. Sie hatten Menschenrechte eingefordert, wie sie in den Memminger Zwölf Artikeln der drei süddeutschen Bauernhaufen formuliert waren, vor allem persönliche Freiheit. Damit die Kapelle auch für zukünftige Generationen Erinnerungsort der ersten deutschen Revolution sein kann, wurde sie in den letzten Jahren mit viel Eigenleistung engagierter Bürger des Dorfes Kleinkitzighofen restauriert und am 4. Oktober 2009 wieder ihrer Bestimmung übergeben. Eine Votivtafel, gemalt von dem schwäbischen Künstler Erwin Holzbaur (+ 19.09.2010), vergegenwärtigt dem Besucher die Schlacht von Kleinkitzighofen, wie sie aus archivalischen Quellen rekonstruiert werden kann.





Die "Bauernkapelle" in Kleinkitzighofen mit der Votivtafel des schwäbischen Künstlers Erwin Holzbaur. Fotos: Reinhard Baumann

"Und ihr Geist lebt trotzdem weiter"

Nachruf auf die Widerstandskämpferin und Zeitzeugin der "Weißen Rose" Marie-Luise Schultze-Jahn

Margrit Grubmüller und Ilse Macek

Die kämpferische Streiterin gegen Vergessen und gegen die Gefährdungen der Demokratie, unser Mitglied Dr. Marie-Luise Schultze-Jahn, verstarb am 22. Juni 2010 nach längerer Krankheit in Bad Tölz im Alter von 92 Jahren.

1919 in Ostpreußen geboren, war Schultze-Jahn seit dem Erleben der Pogromnacht am 9. November 1938 in Berlin im Gegensatz zu den meisten anderen Deutschen überzeugt, dass man dem Unrechtsregime etwas entgegensetzen könne und müsse.

1940 ging sie nach München, um am Staatslabor der Universität München bei dem Nobelpreisträger Heinrich Wieland Chemie zu studieren. Dort lernte sie den Widerstandskämpfer Hans Conrad Leipelt kennen. Als Leipelt nach der Hinrichtung von Hans und Sophie Scholl und Christoph Probst 1943 das sechste und letzte Flugblatt der "Weißen Rose" per Post erhielt, beschlossen sie, den von Professor Kurt Huber entworfenen, von Hans Scholl und Alexander Schmorell bearbeiteten Text mit Schreibmaschine zu vervielfältigen und mit dem Zusatz "Und ihr Geist lebt trotzdem weiter" versehen, in Hamburg zu verbreiten. Außerdem sammelten sie Geld für die Witwe des hingerichteten Professor Kurt Huber. Diese Sammelaktion wurde der Gestapo durch Denunziation bekannt. Im Oktober wurden Hans Leipelt und Marie-Luise Jahn nacheinander verhaftet. Die Anklage des Volksgerichtshofes lautete "Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Wehrkraftzersetzung, Feindbegünstigung und Rundfunkverbrechen". Marie-Luise Jahn wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Hans Leipelt wurde zum Tode verurteilt und im Januar 1945 in Stadelheim durch das Fallbeil hingerichtet. Marie-Luise überlebte nur, weil Hans – das sollte sie erst viele Jahre später erfahren – ihren



Marie-Luise Schultze-Jahn bei der Eröffnung der Auschwitz-Prozess-Ausstellung in München im Jahr 2007 im Kreis von: Herta Siebler-Probst, Witwe von Christoph Probst (Weisse Rose), Justizministerin Dr. Beate Merk (verdeckt), Dr. Irmtrud Wojak (Kuratorin), Constanze Angerer, Präsidentin des Landgerichts München I (v.l.n.r.). Foto: Claudia Bernadoni

Rechtsanwalt gebeten hatte, sie als vom "Halbjuden" Hans Conrad Leipelt verführtes Mädchen darzustellen. Marie-Luise Schultze-Jahns Grab im Münchner Friedhof am Perlacher Forst liegt nun unweit des Ortes, wo Hans Leipelt hingerichtet wurde und ganz in der Nähe seiner letzten Ruhestätte. Sie wurde aus dem Zuchthaus Aichach 1945 befreit. Anschließend studierte sie Medizin an der Universität Tübingen und promovierte 1953.

"Wenn ich nun schon einmal am Leben geblieben bin, ist es meine Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass so etwas nicht mehr passiert", hat Schultze-Jahn ihr Engagement als Zeitzeugin begründet. Mit leisen, doch von Tausenden Menschen gehörten einprägsamen Tönen hat Marie-Luise Schultze-Jahn seit den 80er Jahren gegen das Vergessen vor allem in der Jugendarbeit, in Schulen und in Kirchen gewirkt. Die Jahrzehnte vorher hatte sie – wie viele Zeitzeugen – nicht darüber reden können; die Ermordung ihres Verlobten Hans Leipelt, seinen selbstlosen Einsatz für sie vor Gericht, hatte sie nie überwinden können. 1988 gab sie aus Altersgründen ihre seit 1969 betriebene Tölzer Arzt-Praxis auf. Sie wurde in vielen Organisationen aktiv. 1987 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der Weiße-Rose-Stiftung. Als Mitglied der Münchner Regionalgruppe lebte sie die Ziele von Gegen Vergessen – Für Demokratie beispielhaft vor. Sie setzte sich für ein Mahnmal an der Mühlfeldkirche in Bad Tölz ein, das an den Todesmarsch der Häftlinge erinnert und regte an, mit "Stolpersteinen" auf den Gehwegen der Stadt ehemaliger jüdischer Bürgerinnen und Bürger zu gedenken. Generationen von Jugendlichen aus aller Welt haben in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Dachau, seit kurzem Max-Mannheimer-Studienzentrum in Dachau benannt, den Ausführungen der resoluten, jung gebliebenen alten Dame zugehört, mit ihr bis in die Nacht diskutiert, ihre Zivilcourage und das kämpferische Eintreten für mehr Demokratie bewundert und von ihr gelernt.

Die Persönlichkeit von Marie-Luise Schultze-Jahn wurde auf der Trauerfeier am 2. Juli 2010 gewürdigt. So stand noch einmal die bescheidene, unermüdliche, kluge und mutige kleine Dame leibhaftig vor der Trauergemeinde, als Nicole Schneider und Gisela Joelsen (Internationale Jugendbegegnung und Förderverein Dachau) sie schilderten:

"...Marie-Luise sprach ohne große Emotionen, wenn sie ihre Geschichte erzählte. Aber ihr brennendes Herz war zu spüren. Wach sein sollten die, die ihr zuhörten. Wach sein gegen über denen, die die Vergangenheit schön redeten, die verharmlosten, was Zeitzeugen erzählten.

...Und all das war geprägt von einer unglaublichen Bescheidenheit. Fast einer Zurückstellung des eigenen Wirkens im Vergleich zu anderen Widerstandskämpfern. Nie stellte sie sich in den Mittelpunkt, viel-

mehr sah sie sich als Teil eines Ganzen... Auf ihre eigene Rolle angesprochen, zuckte sie meist nur mit den Achseln und dann folgte ein "Naja, was hätte ich denn sonst machen sollen?"

... Und so mussten wir sie spät nachts oft überreden, zurück in ihr Zimmer zu gehen und sich auszuruhen, um einen weiteren Tag mit uns zu verbringen. Vier Tage Jugendbegegnung müssen für sie gerade in der letzten Zeit einen immensen Kraftaufwand bedeutet haben – zu spüren war davon aber fast nichts. Frühmorgens saß sie beim Frühstück, rauchte die eine Zigarette, die sie sich täglich gönnte, las Zeitung und verwickelte die Anwesenden bereits wieder in Gespräche. Marie-Luise verstummte selten – und war doch die aufmerksamste Gesprächspartnerin, die man sich wünschen konnte.

... Ihr Vermächtnis an uns? ... Von Marie-Luise haben wir gelernt, wie wichtig Erinnern ist. Dass es keine Lebensjahre gibt, die man vergessen oder wegwerfen kann. .. Mit ihrer offenen Art war sie uns ein Beispiel dafür, dass Erinnern nicht lähmt, sondern wachsam macht und Kraft und Mut zum Leben schaffen kann."

Margrit Grubmüller war Direktorin der Akademie Frankenwarte und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

llse Macek ist Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe München.

Polen unter kommunistischer Diktatur 1944 – 1956

Dirk Hansen



Der sowjetische Diktator Stalin bereitete die Installation kommunistischer Regierungen in Polen und der SBZ/ DDR nicht erst nach dem 8. Mai 1945 vor. Der sowjetisch zu beherrschende Ostblock war von vornherein darauf angelegt, Ansätze zu parlamentarischen Demokratien nicht zuzulassen, Widerstände auch mit Gewalt zu brechen und die kommunistischen Parteien zur Vollstreckung des Moskauer Willens einzusetzen. Deutsche wie auch Polen machten nun ganz unterschiedliche und doch vergleichbare Erfahrungen mit der kommunistischen Diktatur. Das vorliegende Buch schildert die Jahre des Stalinismus und den Versuch insbesondere der Polen 1956, sich der aufgezwungenen Unterordnung zu entledigen.

Der Lüneburger Osteuropa-Historiker Gerhard Doliesen, vormals Studienleiter und stellvertretender Direktor an der Ost-Akademie Lüneburg, nimmt eine vergleichende, aber nicht gleichsetzende Perspektive ein und zeigt dabei viele Parallelen und Übereinstimmungen, aber auch deutliche Unterschiede in der Entwicklung der stalinistischen Diktatur und der gesellschaftlichen Bedingungen in beiden Ländern. Die Volksaufstände vom 17. Juni 1953 in der DDR und vom 28. Juni 1956 in Posen und deren Folgen stehen im Mittelpunkt der Analyse. Neue Forschungsergebnisse polnischer und deutscher Wissenschaftler zur Nachkriegsgeschichte werden dargestellt und mit zahlreichen Dokumenten und Bildern unterlegt. Zeitungsschlagzeilen, Plakate oder auch nur Briefmarken werfen sprechende Blicke auf die "Kunst" parteilicher Propaganda.

Das Buch ist hervorgegangen aus einer von der Ost-Akademie organisierten Ausstellung zum 50. Jahrestag des Posener Aufstandes, die mit Hilfe des Landesbeauftragten, der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie der Bundeszentrale für politische Bildung entstand und inzwischen in zahlreichen Schulen und Institutionen vor allem im Norden der Republik gute Resonanz fand.

Der Verfasser schildert, wie Polen ab 1944 zur "Volksdemokratie" gezwungen wird, die Jahre des Stalinismus bis 1955, das beginnende "Tauwetter" nach Stalins Tod 1953 und die Folgen des 20. Parteitags in Moskau, den Juni-Aufstand und den "polnischen Oktober" 1956 sowie die langfristigen Folgen. Die Situation 1956 und der Vergleich DDR-Polen im ersten Nachkriegsjahrzehnt machen deutlich, wie sehr sich trotz kommunistischer Gemeinsamkeiten der "Moskauer" Ulbricht und der "Nationalkommunist" Gomulka unterschieden. Nicht nur die aufschlußreiche Karte zur Stationierung sowjetischer Truppen in beiden Ländern oder die Statistik zu den Personalbeständen osteuropäischer Geheimdienste machen die Unterschiede deutlich, sondern ebenso die Hinweise auf Geschichte und Tradition.

Gerhard Doliesen

Polen unter kommunistischer Diktatur 1944–1956. Mit Vergleichen zur DDR.

Hrsg.: Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e.V. Schwerin und Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Gedruckt mit Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Schwerin 2010

144 Seiten

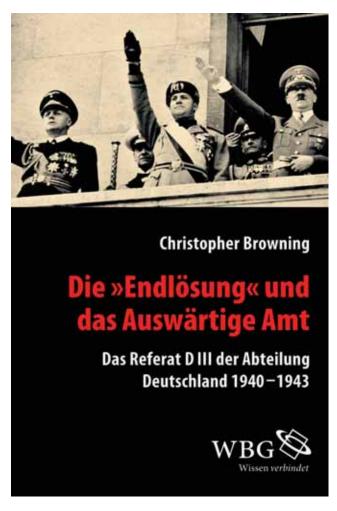
ISBN: 978-3-933255-23-5.

Zu beziehen über die Landesbeauftragte. Schutzgebühr: 10,00 €.

Dirk Hansen war ehemaliger Vizepräsident der Bundeszentrale für politische Bildung und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Auswärtiges Amt und "Endlösung" der Judenfrage

Wolfgang Michalka



Das unter Bismarck gegründete Auswärtige Amt (AA) konnte die Revolution 1918/19 sowohl personell als auch strukturell nahezu unbeschadet überstehen. Selbst den politischen Umbruch im Jahre 1933 schien das AA gut verkraftet zu haben, blieb doch der konservative Konstantin von Neurath Außenminister.

Diese liebgewonnene Vorstellung konnte Christopher Browning allerdings schon 1978 mit seiner Dissertation korrigieren. Die dem Spezialisten gut bekannte Falluntersuchung liegt nun nach gut 30 Jahren in deutscher Übersetzung vor. Der amerikanische Historiker gilt als der wohl beste Kenner der Holocaust-Thema-

tik. Seine grundlegenden Arbeiten – wie "Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die 'Endlösung' in Polen" (1996) und "Die Entfesselung der 'Endlösung'. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942" (2003) – sind weit über den Kreis der Fachwissenschaft bekannt.

Zur Zeit der Abfassung der Dissertation galt Hitler ausschließlich als "Master of the Third Reich", als die Zentralfigur. Browning richtete den Blick auf die Helfer, auf andere Täterkreise und Entscheidungsträger, um konkret den Anteil des Auswärtigen Amtes an Genesis und Radikalisierungsprozess der "Endlösung" herauszuarbeiten. Denn das AA war eben alles andere als eine "unpolitische Behörde", wie gern behauptet wurde. Längst bevor Joachim von Ribbentrop im Januar 1938 von Neurath als Reichsaußenminister ablöste, traten Mitglieder des diplomatischen Dienstes der NSDAP, SA und auch der SS bei, so dass es zu einer "schleichenden Machtergreifung nach der Machtergreifung" (H.-A. Jacobsen) in dieser traditionsreichen Behörde kam. Um die gefürchtete Ausgrenzung zu vermeiden, arrangierte sich diese mit den neuen Machthabern. Der Krieg reduzierte die angestammten Tätigkeitsbereiche der Diplomaten. Die Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen beschränkte sich auf neutrale Länder und auf die Verbündeten.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die neustrukturierte Abteilung "Deutschland" unter ihrem Leiter Martin Luther, einem von Außenminister J. v. Ribbentrop ursprünglich protegierten Seiteneinsteiger. Diese war für die Zusammenarbeit mit der NSDAP, aber auch für die Koordination der erzwungenen Emigration von Juden zuständig. Luther war um gute Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt der SS (RSHA) bemüht.

Während 1939 lediglich noch etwa 200 000 meist ältere Juden im Deutschland lebten, gerieten mit der Besetzung Polens zwei Millionen Juden in den deutschen Machtbereich. Und mit jeder weiteren Eroberung verschärfte sich dieses dem Rassenwahn entsprungene, "selbst gemachte" Problem, rief nach immer radikaleren Lösungen, weil immer mehr Juden hinzukamen. Zugleich musste im Osten Raum für die Ansiedlung von "Volksdeutschen" geschaffen werden. Hier trat nun das AA auf den Plan. Bereits am 2. Juli 1940, angesichts des Sieges über Frankreich, entwickelte Franz Rademacher einen "Plan zur Lösung der Judenfrage", der als "Madagaskar-Plan" in die Geschichte einging. Um ein "judenfreies" Europa als Kriegsziel einzulösen – die erzwungene Auswanderung war an ihre Grenzen gestoßen und ein "Judenstaat" in Palästina wurde als potentieller Gefahrenherd verworfen -, sollte die von Frankreich als Mandat an Deutschland abzutretende Insel Platz für nahezu vier Millionen europäische Juden bieten. Das von Deutschland – besser: von der SS – kontrollierte jüdische Reservoir könnte darüber hinaus als eine Art Faustpfand gegen in den USA lebende Juden eingesetzt werden. Voraussetzung dieses Vorhabens war allerdings der sichere Seeweg nach Madagaskar, was angesichts der Übermacht der britischen Flotte in weite Fern gerückt war. Somit musste diese Konzeption, wie Browning konstatiert, als undurchführbar zu den Akten gelegt werden: "Ursprung wie Scheitern des Madagaskarplans resultierten aus der militärischen Situation."

Der Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 schuf eine Alternative und bedeutete eine grundsätzliche qualitative Veränderung der Pläne zur "Endlösung" der Judenfrage. Unter dem Eindruck des vermeintlich nahen Sieges im Osten trat ab Oktober 1941 ein generelles Ausreise- und Abschiebeverbot für sämtliche europäischen Juden in Kraft. Europa war für sie jetzt endgültig zur tödlichen Falle geworden.

An der von Reinhard Heydrich geleiteten Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 nahm für das AA Martin Luther teil. Laut Protokoll, das auch Staatssekretär Ernst von Weizsäcker abgezeichnet hatte, sollten die in Europa lebenden 11 Millionen Juden insgesamt einer "Endlösung" zugeführt werden. Was konkret darunter zu verstehen war, demonstrieren die auch dem Auswärtigen Amt bekannt gegebenen Lageberichte der Einsatzgruppen. Nunmehr wurden Juden systematisch nach Osten deportiert und massenhaft getötet. Stellvertretend zu nennen ist die Ermordung von 33 771 jüdischen Männern, Frauen und Kindern in der bei Kiew gelegenen Schlucht von Babi Yar am 29./30 September 1941. Nachdem die Massenerschießungen auf "freiem Feld" die "Kapazitäten" der Einsatzgruppen überschritten hatten, folgten dann die Vernichtungslager als letzte Stufe der "Endlösung": Tötung, Vernichtung unterschiedslos aller Juden. "Was nach dem Herbst 1941 noch anstand? Diese, Endlösung' in die Tat umzusetzen", resümiert Browning.

Seine präzise Analyse der europaweiten Interaktion zentraler und lokaler Behörden und deren Akteure dokumentiert einen wechselseitigen und dynamisierenden Radikalisierungsprozess der Judenpolitik, beginnend mit der erzwungenen Emigration und Vertreibung über den vom AA entwickelten "Madagaskar-Plan" bis hin zur beispiellosen "Endlösung" im Osten Europas, die im Jahr 1941 einsetzte. Die mit dem "Unternehmen Barbarossa" eroberten russischen Gebiete boten nun genügend Raum für zu deportierende Juden, aber vor allem auch, um im Osten eine riesige Tötungsmaschinerie in Gang zu setzen.

Das Auswärtige Amt hatte von Anfang an Kenntnis von dieser ideologischen Deportations- und Vernichtungspolitik, da es von allen Aktivitäten deutscher Stellen von Amts wegen Nachricht erhielt. Es war, so der Autor, darüber hinaus bestrebt, als aktiver Partner die "Endlösung" der Judenfrage in ihrer mörderischen Realität zu begleiten. Die Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt lief von Anfang an ohne erkennbare Reibungen. Die Abteilung "Deutschland" nahm dabei eine zentrale, antreibende Rolle ein und entwickelte eine Eigendynamik. 1943 wollte ihr Leiter Martin Luther den als zögerlich und besonders für diese Aufgaben als inkompetent geltenden Ribbentrop stürzen. Mit Hilfe Himmlers konnte dieser jedoch seinen Rivalen entmachten. Luthers Putschversuch endete im Konzentrationslager Sachsenhausen. Die Abteilung "Deutschland" wurde aufgelöst.

Brownings überzeugende Fallstudie über die aktive Beteiligung einer Behörde an der Umsetzung der "Endlösung" wurde beispielgebend für zahlreiche Nachfolgearbeiten. Hitlers Helfer, die Dialektik von Ideologie und Machtpolitik, das Wechselspiel von Programmatik und Opportunismus, der Dialog von Zentrale und Peripherie und vor allem die zunehmende Dynamik und Radikalisierung der Rassenpolitik wurden zentrale und unsere Kenntnis bereichernde Themen der Erforschung des Nationalsozialismus.

Christopher R. Browning:

Die "Endlösung" und das Auswärtige Amt.

Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940-1943.

Mit einem Vorwort von Jürgen Matthäus. Aus dem Amerikanischen von Claudia Kotte.

Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2010 Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 16. Hrsg. von Klaus-Michael Mallmann 320 Seiten

ISBN 978-3-534-22870-6 49,90 € (WBG-Preis: 29,90 €)

Prof. Dr. Wolfgang Michalka leitete bis 2006 die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Jugend hinter Stacheldraht ... und danach...

Im ersten Teil des wieder aufgelegten Bandes "Jugend hinter Stacheldraht … und danach …" schildert Ernst Zander, langjähriger Personalvorstand in verschiedenen Firmen, emeritierter Professor für Personalwirtschaft und Organisation in Berlin sowie für industrielle Führungslehre in Hamburg und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. seine Erlebnisse bis zu seiner Entlassung aus dem sowjetischen Schweigelager Nr. 2 (KZ Buchenwald) im Jahre 1950. Ergänzt wird dieser Bericht, den Ernst Zander als Schulexamensarbeit 1951 verfasst hat, von Schilderungen weiterer ehemaliger Jugendlicher, die in den verschiedenen Lagern (KZ Sachsenhausen, Ketschendorf, Mühlberg, KZ Buchenwald) und später verurteilt in den DDR-Strafanstalten (Bautzen, Waldheim) inhaftiert waren. In den Berichten erfährt man auch etwas über ihre Lebenswege nach der Entlassung.

Und schließlich wird im letzten Teil der Veröffentlichung mit Beiträgen über eine Ausstellung über das KZ-Nebenlager Lieberose, dem späteren sowjetischen Speziallager Jamlitz, der steinige Weg der Versöhnung – auch zwischen den unterschiedlichen Opfergruppen – beschrieben.

Ernst Zander



Jugend hinter Stacheldraht ... und danach...
Bautzen, Buchenwald, Jamlitz, Ketschendorf, Mühlberg, Sachsenhausen, Waldheim.
3., verbesserte und erweiterte Auflage.
München und Mering: Rainer Hmpp Verlag, 2010
224 Seiten
ISBN 978-3-86618-419-0
19,80 Euro

Betriebsausflug in die Gaskammer

70 Jahre nach der Ermordung seines Neffen durch Nationalsozialisten versucht Bernhard Selting mehr über Leben und Tod seines Neffen Peter Verhaelen zu erfahren. Zehn Jahre lang ging er allen verfügbaren Hinweisen nach und erfuhr u.a., dass Verhaelen nicht wie vermutet im KZ Sachsenhausen umkam, sondern zusammen mit 300 Opfern der NS-"Euthanasie" am 9. März 1940 in Brandenburg-Görden durch Giftgas ermordet wurde . Bernhard Selting beschreibt das Martyrium des Ingenieurs von der falschen Diagnose "Schizophrenie" 1932 über die Zwangssterilisation bis zur Tötung 1940. So wurden neben geistig und körperlich Behinderten auch psychisch Kranke von den Nazis erbarmungslos verfolgt und ermordet. Nicht selten wurden Unangepasste und politische Gegner mit Hilfe der "Erbgesundheitsgerichte" zum Schweigen gebracht. Das trifft wohl auch für den Ingenieur Peter Verhealen zu, der die Regierung Friedrich Ebert unterstützte, jüdischen Nachbarn in der Zeit ihrer Ausgrenzung und Entrechtung half und sich weigerte, den Hitlergruß zu zeigen.

Bernhard Selting erforscht mit seiner Recherche nicht nur das konkrete Schicksal eines der vielen Opfer der NS-"Euthanasie", sondern deckt auch das Zusammenspiel der Täter und Mitwisser auf, deren Netzwerk auch nach Kriegsende noch gut funktionierte. Hoffnung macht, dass es auch im Fall Verhaelens einige Verwandte gab, die sich für ihn einsetzten. Den Mord konnten sie letztendlich aber nicht verhindern, zu reibungslos verlief das Zusammenspiel von Rasse- und "Euthanasie"-Gesetzen, von systematischer Ausgrenzung, Entrechtung und Vernichtung der NS-Opfer.



Bernhard Selting

Betriebsausflug in die Gaskammer

256 Seiten
mdsverlag 2009
ISBN: 978-39811121-2-2
8,95 Euro

Wir sind, was wir erinnern.

Konrad Görg, Arzt für Innere Medizin am Universitätsklinikum Marburg, legt mit seinem Buch eine Sammlung von Zitaten vor, die er im Laufe vieler Jahre der Beschäftigung mit Holocaust, Antisemitismus und Judenverfolgung zusammengetragen hat. Er veröffentlichte dieses Buch in Erinnerung an Erwin Katz, den Onkel eines Freundes, der im Alter von zehn Jahren in Auschwitz ermordet wurde. Das ergreifende Schicksal dieses Jungen bildet im Zusammenhang mit dem Schicksal seiner Familie den Anfangsabschnitt des Buches.

In der Anthologie kommen nicht nur die Verfolgten und Leidtragenden zu Wort, sondern auch die Täter und ideologischen Wegbereiter des Holocaust. Um einen Überblick über die Zitate zu ermöglichen, hat der Autor das Buch nach verschiedenen Hauptaspekten gegliedert, wie z.B. "Wegsehen und Schweigen", "Sehnsucht nach Versöhnung und Erlösung" "Sich wahrheitsgemäß erinnern".

Diese Sammlung ist tatsächlich eine Fundgrube für alle, die sich wissenschaftlich, privat oder in der politischen Bildung als Multiplikatoren mit dem Holocaust beschäftigen.



Konrad Görg
Wir sind, was wir erinnern.
Zwei Generationen nach
Auschwitz.
Stimmen gegen das Vergessen.
In Erinnerung an Erwin Katz
2. erweiterte Aufl.
Konstanz: Hartung-Gorre Verlag 2010
110 Seiten.
ISBN 3-86628-208-7
9,95 Euro



Begleitprogramm und weitere Informationen:

www.fritz-bauer-institut.de/ www.hr-online.de/ www.museum-korbach.de

Gruppenführungen:

Kosten: 35 Euro Anmeldungen im Wolfgang-Bonhage-MUSEUM KORBACH unter der Telefonnummer 05631 53289

Die regionale Präsentation wird unterstützt von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, der Alten Landesschule Korbach, dem Stadtarchiv Korbach, vom Arbeitskreis Rückblende – Gegen das Vergessen e. V., "Gegen Vergessen - Für Demokratie", Reg. Arbeitsgruppe Nordhessen, Finanzamt Korbach-Frankenberg, Jugendhaus Korbach, KVHS Waldeck-Frankenberg, Förderkreis Synagoge in Vöhl e.V., Waldeckischer Geschichtsverein e.V. – Bezirksgruppe Korbach, Zweigverein Frankenberg für hessische Geschichte und Landeskunde e. V. Kassel.

Eine Ausstellung

des Fritz Bauer Instituts und des Hessischen Rundfunks mit Unterstützung der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen und des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst im Wolfgang-Bonhage-MUSEUM KORBACH

Eröffnung:

Sonntag, 7. November 2010, 11.15 Uhr

Öffnungszeiten:

8. November 2010 bis 27. März 2011 Di. bis So. 11.00 – 16.30 Uhr

Für Schulklassen und Gruppen nach Vereinbarung auch außerhalb der Öffnungszeiten.

Eintritt frei.













BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin. (Tel. 030-2639783, Fax. 030-26397840)

Ich bin einverstanden, dass meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss, meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen. Ich habe die anhängende Einzugsermächtigung über den Jahresbeitrag von € 80,- (ermäßigt € 30,-) unterzeichnet. oder Meinen Jahresbeitrag € 80,00 (ermäßigt € 30,00) habe ich überwiesen. Darüber hinaus habe ich eine Spende in Höhe von € _____ überwiesen. Name: ______ Vorname: _____ Straße: ______ PLZ, Ort: _____ Geburtsdatum: _____ email: ____ Telefon (p.) : ___ _____ Fax : _____ Beruf / Funktion: Fax: Telefon (d.): Verein / Verband etc.: Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen / Themen interessiert: Ort, Datum, Unterschrift: Einzugsermächtigung Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen der Mitgliedsbeiträge für den Verein "Gegen Vergessen - Für Demokratie" e.V. zu Lasten des _____ BLZ: ____ bei (genaue Bezeichnung der Bank) : _____ Konto-Inhaber(in): _____ mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum, Unterschrift:

Veranstaltungen

9. November 2010	Brundibar – Die Kinderoper von Theresienstadt, Aufführung im Kulturzentrum Tollhaus in Karlsruhe. Eine Veranstaltung der RAG Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Kulturzentrum.
9. November 2010	"Jeder Mensch hat einen Namen", Namenlesung am Gedenkstein der ehemaligen Münchner Hauptsynagoge. Eine Veranstaltung der RAG München in Kooperation mit IKG, Stadtarchiv München, NS-Dokumentationszentrum u.a.
9. November 2010	Gedenkfeier / Anbringung einer Gedenktafel am früheren Wohnhaus-Geschäftshaus der jüdischen Familie Möllerich in Wolfhagen. Eine Veranstaltung der RAG Nordhessen-Südniedersachsen.
09./10. November 2010	Erinnere Dich und halte das Gedenken lebendig. Gedenkveranstaltungen zum Novemberpogrom vom 9./10. November 1938, Bonn. Initiative zum Gedenken an die Bonner Opfer des Nationalsozialismus unter Mitarbeit der RAG Mittelrhein.
10. November 2010	Ein ganz gewöhnlicher Jude, Aufführung in der ehem. Synagoge Bopfingen-Oberdorf. Eine Veranstaltung der RAG Baden-Württemberg in Kooperation mit der Theaterwerkstatt Augsburg.
11. November 2010	Anne Frank aktuell – der Fall Sarrazin und die Folgen. Podiumsdiskussion in Darmstadt, u.a. mit Michel Friedman, Ruth Wagner und Peter Benz. Eine Veranstaltung der RAG Rhein-Main in Kooperation mit dem Förderkreis Kultur, dem Evangelischen Dekanat Darmstadt und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Mehr Informationen: www.annefrank-darmstadt.de
11. November 2010	Gedenkveranstaltung zu den Novemberprogromen 1938, Lesung "Lebenswege und Schicksale jüdischer Kinder aus der Region" in Kassel. Eine Veranstaltung der RAG Nordhessen-Südniedersachsen.
16. November 2010	"Avanti Denunziant i" und "Rettung war möglich", Kurzreferate und anschl. Diskussion von und mit Günther Bernd Ginzel und Hans G. Glasner in Dortmund. Eine Veranstaltung der RAG Östliches Ruhrgebiet in Kooperation mit Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Mahnund Gedenkstätte Steinwache und VHS Dortmund.
18. November 2010	"Im Kampf gegen das Judentum", Vortrag von Gundi Mohr, Helge Heynold (Hess. Rundfunk) liest aus Dokumenten zum Thema im Finanzamt Korbach. Eine Veranstaltung der RAG Nordhessen-Südniedersachsen.
22. November 2010	Lesung mit Mirjam Pressler aus "Die Geschichte der Anne Frank" im Jüdischen Gemeindezentrum in Darmstadt. Anwesend sind Gerti und Buddy Elias. Eine Veranstaltung der RAG Rhein-Main in Kooperation mit den Kulturfreunden Darmstadt sowie dem Förderkreis Kultur. Mehr Informationen: www.annefrank-darmstadt.de
23. November 2010	Lesung mit Mirjam Pressler in drei Darmstädter Schulen. Eine Veranstaltung der RAG Rhein-Main. Mehr Informationen: www.annefrank-darmstadt.de
25. November 2010	Brauner Alltag in Deutschland? Ratlos beim Thema Rechtsextremismus?, Vortrag und Diskussion mit Martin Ziegenhagen, Projektleiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Eine Veranstaltung der RAG Östliches Ruhrgebiet in Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund.

Vorstand

Vorsitzender Dr. h.c. Joachim Gauck

Stellv. Vorsitzende Eberhard Diepgen Prof. Dr. Bernd Faulenbach Cornelia Schmalz-Jacobsen

Schatzmeister Bernd Goldmann

Schriftführer Dr. Ulrich Mählert

Dieter Althaus Erik Bettermann Prof. Dr. Friedhelm Boll Wolfgang Bosbach, MdB Tilo Braune Dr. Jürgen Burckhardt Ralf Fücks

Prof. Dr. Hansjörg Geiger

Dr. Alfred Geisel Dr. Norbert Haase Dr. Werner Jung

Prof. Dr. Alfons Kenkmann Prof. Dr. Volkhard Knigge Dr. h.c.Charlotte Knobloch Hannelore Kohl (Greifswald) Uta Leichsenring Karl-Heinz Lindner Wolfgang Lüder Wolfgang Frhr. von Malsen-

Winfried Nachtwei Dr. Maria Nooke Prof. Dr. Kurt Nemitz Dr. Friedbert Pflüger, MdA PD Dr. Ernst Piper

Tilborch

Ulrike Poppe

Prof. Dr. Günther Rüther Prof. Dr. Klaus G. Saur Renate Schmidt Dieter Schulte Dr. Max Stadler, MdB Pastor Lothar Tautz Prof. Drs. h.c. Josef Thesing Prof. Dr. Johannes Tuchel

Ernst-Jürgen Walberg

Ehemalige Vorsitzende 1993-2000 Dr. Hans-Jochen Vogel 2000-2003 Dr. h.c. Hans Koschnick

Beirat

Vorsitzende

Prof. Dr. Rita Süssmuth

Stellv. Vorsitzender Prof. Dr. Richard Schröder

Prof. Dr. Hubert Burda Rainer Braam Dr. Thomas Goppel Prof. Dr. Bertholt Leibinger Dr. h.c. Max Mannheimer Pfarrer Friedrich Schorlemmer Walther Seinsch **Erwin Teufel**

Dr. Monika Wulf-Mathies

Geschäftsführer

Dr. Michael Parak

Impressum

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)

Fotonachweis: Fotonachweis: Reinhard Baumann, Claudia Bernardoni, Christian Dauber, Fotoatelier Saša Fuis, Köln, , Margrit Grubmüller, Johannes Issmer, Friedrich-Naumann-Stiftung, Haas, Axel Klausmeier, Stiftung Berliner Mauer, Thomas Koehler/photothek.net, Hans Kumpf, Winfried Nachtwei, Projektgruppe "Zwangsarbeit", Stefan Querl, Guillaume Ribot/Yahad – InUnum, Dennis Riffel, Karin Theilen, Janko Woltersmann, Uwe Zucchi, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Layout: together concept werbeagentur gmbh, Essen

Druck: B+W Media-Service, Bochum

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Augsburg – Schwaben

Sprecher: Erich Sandner Blaichacher Str. 8 86199 Augsburg Tel./Fax. 0821-92933

Baden-Württemberg

Sprecher: Dr. Alfred Geisel Eduard-Steinle-Straße 23 70619 Stuttgart Tel. 0711-478326 alfredgeisel@gmx.de

Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Koordinatorin: Birgit Kipfer Krebsbachstr. 34 71116 Gärtringen-Rohrau Tel. 07034-929683 Fax. 929685 kipfer.rohrau@t-online.de

Sektion Nordbaden

Koordinator: Günter Wimmer Frauenalberstr. 7 76199 Karlsruhe Tel. 0721-886 461 Fax. 9887060 gue-wimmer@t-online.de

Sektion Südbaden

Koordinator: Wolfgang Dästner Bleichestr. 11 79102 Freiburg Tel./Fax: 0761-35399 wdaestner@gmx.de

Berlin-Brandenburg

Sprecher: Dr. Benno Fischer Bismarckstraße 99 10625 Berlin Tel./Fax: 030 - 3242278 benno-fischer@t-online.de

Hamburg Sprecher: Hans-Peter Strenge Baron-Voght-Str. 89 G 22609 Hamburg Tel. 040-821635 h.p.strenge@gmx.de

Hannover

Sprecher: Prof. Dr. Joachim Perels, Albrecht Pohle Sprecher: Wilfried Wiedemann Wallstr. 6 31582 Nienburg Tel. 05021-5427 wiedemann.nienburg@web.de

Ingolstadt

Sprecherin: Monika Müller-Braun Gratzerstr. 47 85055 Ingolstadt Tel./Fax. 0841-920841 mueller-braun.monika@ online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Sprecher: Prof. Dr. Matthias Pfüller Jungfernstieg 8 19053 Schwerin Tel. 0385-796831 Fax. 7587313 pfueller@hs-mittweida.de

Mittelhessen

Sprecherin: Monika Graulich Anneröder Weg 56 35394 Gießen Tel./Fax: 0641-45738 mgraulich@t-online.de

Mittelrhein

Sprecherin: Dr. Ursula Bitzegeio Im Krausfeld 14 53111 Bonn Tel. 0228-261429 ursula.bitzegeio@fes.de

München

Sprecherin: Ilse Macek co Münchner Volkshochschule Troppauerstr. 10 80937 München Tel. 089-31811513 Fax 31811525 rag-muenchen@gegenvergessen.de

Niederrhein

Sprecher: Ferdinand Hoeren c/o Theo-Hespers-Stiftung e.V. Bismarckstr. 97 41061 Mönchengladbach Tel./Fax. 02161-209213

Nordhessen-Südniedersachsen

Sprecher: Ernst Klein Benfelder Str. 21 34471 Volkmarsen Tel. 05693-469 oder 05692-995020 Fax. 05692-995021 ernstwklein@web.de

Nordostbayern

Sprecher: Dr. Alexander Schmidt Goldweiherstr. 16 90480 Nürnberg Dr. Jörg Skriebeleit c/o: KZ-Gedenkstätte Flossenbürg Gedächtnisallee 5-7 92696 Flossenbürg Tel. 09603-903900 Fax. 9039099 information@gedenkstaetteflossenbuerg.de

Oldenburg-Ostfriesland

Sprecher: . Werner Vahlenkamp Westeresch 2 26125 Oldenburg Tel. 0441-36852 karin.vahlenkamp@t-online.de

Östliches Ruhrgebiet

Sprecher: Hans G. Glasner Häuskenweg 4 44267 Dortmund Tel: 0231-461 666 hgglasner@t-online.de

Rhein-Main

Sprecher: Andreas Dickerboom Kreutzerstr. 5 60318 Frankfurt a.M. Tel. 069 - 59 67 36 87 rhein-main@gegenvergessen.de Koordinatorin für Rheinland-Pfalz: Geesche Hönscheid Südring 98 55128 Mainz Tel. 06131 - 632848 Fax. 9728601 g.hoenscheid@t-online.de

Rhein-Ruhr West

Sprecher: Dr. Günther Neumann Haroldstr. 45 47057 Duisburg Tel. 0203-662090

Saar-Pfalz-Hunsrück

Sprecher: Armin Lang c/o: Adolf-Bender-Zentrum e.V. Gymnasialstraße 5 66606 St. Wendel Tel. 06851-81 802 Fax: 81 820 info@adolf-bender.de

Sachsen

Sprecher: Dr. Christoph Mever c/o Herbert-Wehner-Bildungswerk Kamenzer Str. 12 01099 Dresden Tel. 0351-8040220 meyer@wehnerwerk.de

Sachsen-Anhalt

Sprecher: Lothar Tautz Kantorstraße 4 06577 Heldrungen Tel. 03 46 73-79 9734 Fax. 03 46 73 -79 97 35 Funk 0175-59 25 546 info@lothartautz.de

Schleswig-Holstein

Sprecher: Rolf Fliegner Albert-Schweitzer-Str. 19 A 23879 Mölln Tel. 04542-87968 cundrflmoe@web.de

Thüringen

Sprecherin: Dr. Cornelia Klose Bloedaustr. 10 99734 Nordhausen Tel. 0171-2071041 Fax. 03631-696430

Unterweser-Bremen

Sprecher: Reinhard Egge Grüne Str. 29 A 27721 Ritterhude Tel./ Fax. 04292-3032 Sprecher: Konrad Kunick Günther-Hafemann-Str. 28 28327 Bremen

Westfalen

Sprecher: Horst Wiechers Nordstr. 13 48149 Münster Tel. 0251-1627115 WiechersH@stadt-muenster.de

Sektion Bielefeld

Koordinator: Hans-Georg Pütz Am Spielplatz 2 32130 Enger Tel. 05224-986705 hans-georg.puetz@unibielefeld.de

Würzburg-Unterfranken

Sprecher: Gerhart Gradenegger Bohlleitenweg 1 97082 Würzburg Tel. 0931-413731 gradenegger@t-online.de App Film

Produktsimulation

Veranstaltung

Pressearbeit

Strategie

Handelsmarketing

Banner Social-Network

Kampagne

nline-Kommunikation

Kamingespräch

Interfacedesign Messe

se Multimedia

Blog

Webvideo

Corporate Publishing Event



wissen, was geht: tog&therconcept